

"Der Flirt der Linken mit der Marktwirtschaft"

Ein Artikel des Handelsblattes¹ über das Denken und Wirken von Sahra Wagenknecht, herausragende Gestalt der Partei DIE LINKE, die einst die Marktwirtschaft abschaffen wollte.²

Ein Leser-Kommentar mit Ergänzungen auch über den Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft
von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Februar 2014

Text 120

1 ohne Autorennennung

2 Mir liegt vor die PDF-Datei vom 13. Februar 2014.

Inhaltsübersicht

Seite

1. Meine Ausgangsbasis als Kommentator	3
2. Neue Suche nach dem Ausweg aus dem gesellschaftlichen Irrgarten	4
3. Gibt es in Bezug auf die Ökonomie eine neue Offenheit bei den Grünen?	5
4. Hinweise zum Thema Kommunismus / Marxismus in der alten BRD	9
5. Ist der Marxismus Kommunismus eine eindeutige Lehre?	11
6. Rudolf Rocker als Vermittler der Geschichte der Sozialismus-Idee	14
7. Ein Brief von Proudhon an Marx verdeutlicht einen Mangel	20
8. Wagenknecht - Erhard / kreativer oder liberaler Sozialismus	21
9. Zur Geschichte und Thesen der Idee der Sozialen Marktwirtschaft	
A) Auszüge aus : <i>Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft</i> , 1951 <i>Thesen und Pressestimmen: FAZ, HB und Volkswirt</i>	27
B) Auszüge aus: <i>Das Programm der Freiheit</i> , 1952 und <i>Freiheit?</i> 1980	33
Aus: DIE POLITISCHE VERWIRKLICHUNG von Otto Lautenbach in: <i>Programm der Freiheit</i> , 1952	35
Aus: Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung, 1980 Von Ernst Winkler IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“	36
1. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN	37
A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“	37
B. Die drei „regulativen Prinzipien“	38
C. Die humanitäre Ergänzung	38
2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)	
2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ..	40
a) Konstituierung und Tagungen	40
b) Programmatische Richtlinien	40
2.2 Erste Arbeitstagung der ASM am 20./21.5.1953 in Bad Nauheim „Entscheidung für die Freiheit“	
a) Referate	43
2.3 Zweite Arbeitstagung der ASM am 18./19.11. 1953 in Bad Godesberg	
a) Referate	43
b) Die Rede von Ludwig Erhard	44
10. Kommentierte Zitate aus: „ <i>Der Flirt der Linken mit der Marktwirtschaft</i> “ (HB v.14.2. 2014)	47 - 51

1. Meine Ausgangsbasis als Kommentator

Ich habe den Beitrag über Sahra Wagenknecht, die Anleihen bei Ludwig Erhard macht, nach einer Veranstaltung der Grünen in Hannover und der Teilnahme am Geburtstag einer meiner drei Töchter gelesen. Es ist jene von drei Töchtern, die ich 1968 als Säugling auf meinem Schoß sitzen hatte, wenn ich Texte gegen die etablierte Politik, aber auch gegen Inhalte und Form der damaligen Studentenproteste verfasste – soweit diese freiheitsfeindlich und gewalttätig orientiert waren. In der besuchten Veranstaltung der Grünen wurde die Idee der **Gemeinwohl-Ökonomie** verhandelt. Sowohl der Veranstaltungsbesuch wie auch das Thema haben etwas mit dem Inhalt des Beitrages aus dem Handelsblatt zu tun. 1968 war für mich trotz oder gerade wegen des Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik, die als Akademie für Gemeinwirtschaft³ gegründet worden ist, schon erkennbar, dass weder der damals noch vorhandene **real existierende Sozialismus** – ein Staatskapitalismus noch der westliche **Privat-Kapitalismus**, der verschleiernd über die Jahrzehnte mit der Marktwirtschaft gleich gesetzt wurde eine Zukunft haben kann. Aber auch in dem Modell **Gemeinwirtschaft** sah ich keinen Hoffnungsträger – und wie die Geschichte gelehrt hat, lag ich damit richtig. Diese Einsichten waren aber nicht Ausdruck meiner besonderen Erkenntnisfähigkeit, sondern verdanke ich der mehr zufälligen Entdeckung der in verschiedener Weise unterdrückten Freiwirtschaftsschule, die in der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von Silvio Gesell begründet wurde. Damit saß ich zwischen allen Stühlen, wie man so sagt. Ein Programm zur Förderung einer Karriere war das nicht. Aber das ist hier nur eine Nebenbemerkung. Wichtig ist, dass in den 60er Jahren die ökonomischen Probleme, die heute die Menschen und die Politik beschäftigen, schon sichtbar waren und auch nicht erstmals in Erscheinung getreten sind. Und gemessen daran, dass das Wissen für eine leistungsgerechte Einkommensverteilung, für eine Dauerkonjunktur mit Vollbeschäftigung und einer Preisniveaustabilität – die ihren Namen verdient – über 100 Jahre vorliegt, arbeitet die Wirtschaftspublizistik⁴, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftswissenschaft im Schneckentempo. Die Wirtschaftswissenschaft ist sozusagen die Mutter der beiden erstgenannten Anwendungsgebiete der Wirtschaftslehre. In diesen Tagen regt man sich darüber auf, das ein Minister eventuell ein Staatsgeheimnis preisgegeben hat und damit die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft gegenüber einem (Ex-)Mitglied des Bundestages behindert haben könnte. Warum

3 http://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Universit%C3%A4t_f%C3%BCr_Wirtschaft_und_Politik

4 Siehe auch meinen Text: „Wirtschaftsjournalismus ist gefährlicher als Links- und Rechtsextremismus!“, Februar 2013:
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.1.OffenerBriefWirtschaftsredaktionen.pdf>

regt man sich nicht darüber auf, dass Minister und die Mitglieder des Bundestages in Folge von Jahrzehnten Lösungsangebote für unsere drängendsten ökonomischen Probleme - mit der Folge der Verhinderung von Lebensglück und der Verursachung von Hunger und Tod - nicht geprüft, gefördert und bei einem positiven Ergebnis nicht angewendet wurden bzw. werden?

2. Neue Suche nach dem Ausweg aus dem gesellschaftlichen Irrgarten

Das Aufkommen des Begriffs *Gemeinwohl-Ökonomie* wie auch die *Transition Town-Bewegung*⁵ sind Zeichen dafür, dass wieder intensiver nach Alternativen zur krisenanfälligen und ungerechten Wirtschaftsverfassung gesucht wird.⁶ Klickt man auf die Webseite der Gemeinwohl-Ökonomie⁷, ist dort über die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie zu lesen:

> Es ist Ausdruck von Freiheit, dass wir Menschen die Welt, in der wir leben, mitgestalten. <
Weiter heißt es dort:

> Die gegenwärtigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen fordern **mutige und entschlossene Visionen** und Menschen, die sich an der Entwicklung einer nachhaltigen Zukunft beteiligen. Die Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich in diesem Sinne als **Impulsgeber und Initiator** für weitreichende Veränderungen: ...<

Über die Gemeinwohl-Ökonomie hatte ich schon etwas gelesen und mir war vor den Ausführungen des Referenten schon klar, dass hier keine neue Wirtschaftsordnung⁸ angeboten wird, sondern eher eine standardisierte Gruppenmoral mit einem Raster von Normen, die in eine Bewertungsskala einfließen und so den Gruppenmitgliedern eine Orientierung über gutes und schlechtes Handeln geben. Der Versuch, auf diese Weise unserer Mängelökonomie positive Momente entgegenzusetzen, sollte weder unterschätzt noch überschätzt werden. Gruppendynamische Effekte können große Energien freisetzen und so einen Reformstau auflösen. Lassen diese Bemühungen aber die objektiv vorhandenen Systemfehler außer Acht, werden die Bemühungen ohne nachhaltige Wirkung bleiben.

5 Im Rahmen der **Transition-Town-Bewegung** (etwa „Stadt im Wandel“) gestalten seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt den geplanten Übergang in eine [postfossile, relokalisierte](#) Wirtschaft. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen [Permakulturalisten Rob Hopkins](#) und Studenten des Kinsale Further Education College in Irland. http://de.wikipedia.org/wiki/Transition_Towns

6 Aus der Sicht der Gruppendynamik kann man sagen, dass die Gruppenleistung des Festlegens, was gut und richtig in den Gesellschaften ist, auf die Gruppenleistung des Suchens umgesteuert hat, weil das Festgelegte in keiner Weise mehr die Menschen befriedigt.

7 <http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/de/content/die-idee-der-gemeinwohl-%C3%B6konomie>

8 Vertreter der Gemeinwohl-Ökonomie sprechen von einem Wirtschaftsmodell mit Zukunft.

3. Gibt es in Bezug auf die Ökonomie eine neue Offenheit bei den Grünen?

Für mich war aber auch wichtig zu erfahren, ob heute bei den Grünen über die Ökonomie in sachlicher Form mit gegenseitigem Respekt gesprochen werden kann. Und zu meiner Freude war es an diesem Ort so. Natürlich kann in einer Informationsveranstaltung nicht alles besprochen werden, was besprochen werden will, um einen neuen Gedanken oder ein neues Modell bewerten zu können. Aber darauf kommt es auch nicht an. Was den wenigsten heutigen Mitgliedern von Bündnis 90 / Die Grünen und auch dem allgemeinen Publikum nicht bekannt ist, ist die Tatsache, dass es für die Ur-Gründungsgruppe ein starkes Motiv war, eine Ökonomie zu fördern, die die freiheitlichen, humanen und ökologischen Anliegen in gleicher Weise fördert. Dieses Konzept mit dem Begriff *Soziale Marktwirtschaft* (SM) zu umschreiben, geht nicht, weil die heute herrschenden Zustände als SM bezeichnet werden, obwohl sie wenig gemeinsam haben mit dem, was unter diesem Begriff einst angedacht war. Wir haben uns daher mit dem Begriff *Dritter Weg* (NWO) beholfen.⁹ Der Begriff *Dritter Weg* ist aber nur im Hinblick auf den Staats- und Privatkapitalismus korrekt, denn im Hinblick auf die Wirtschaftsordnung gibt es nur zwei reine Formen, die *Verkehrs- oder Marktwirtschaft* und die *Kommandowirtschaft* oder *Zentralverwaltungswirtschaft* (ZVW) (Walter Eucken). Der Begriff *Dritter Weg* ist aber nicht von freiwirtschaftlichen Gruppen erfunden worden. Schon Wilhelm Röpke benutzt ihn in seinem Buch *Die Lehre von der Wirtschaft*, was einmal mehr beweist, dass der Begriff *Neoliberalismus*, wie er im Nachkriegsdeutschland verstanden wurde, nicht identisch ist mit dem Begriff *Neoliberalismus* wie er von der **Chicagoer Schule**¹⁰ geprägt wurde. An dieser Stelle muss aber auch daran erinnert werden, dass es bei den Grünen einen weiteren Arbeitskreis mit dem Thema *Dritter Weg* gab, der mit dem Kürzel wie folgt benannte: A3.W. Hier agierten die „Achberger“, die Elemente des *Prager Frühlings* mit der *Anthroposophie* verbanden. Zur Unterscheidung wurde dem freiwirtschaftlichen dritten Weg das Kürzel NWO angehängt. Es verweist auf das Hauptwerk von Silvio Gesell mit dem Titel *Die Natürliche Wirtschaftsordnung*. Aber die NWO ist eindeutig eine marktwirtschaftliche Ordnung. Gesell sagt in einem Vorwort, dass die Namensgebung nicht auf die Natur als Fundort verweist – denn jegliche Ordnung, die sich die Menschen geben,

9 Siehe: DER DRITTE WEG / Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) / ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung — erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Grueene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

10 http://de.wikipedia.org/wiki/Chicagoer_Schule_%28%C3%96konomie%29

sei eine gesetzte Ordnung -, sondern auf die Natur des Menschen, die nicht im Widerspruch zu der gewollten Ordnung stehen dürfe.

Dafür, dass dieses Denken dann bei den Grünen ins Abseits gedrängt werden konnte, gibt es mehrere Gründe: Eine ökonomische Aufklärungsarbeit und den Aufbau einer Partei gleichzeitig zu leisten, hat die kleine freiwirtschaftliche Gruppe - die nicht auf ein Verständnis der Presse und die Unterstützung aus dem Hochschulbereich hoffen oder zurückgreifen konnte - überfordert. Die Nur-Ökologen hatten einen unterentwickelten Sinn für die Ökonomie als Basis der Ökologie. Die sozialdemokratischen Grünen wollten lieber Keynes als Gesell ins Feld führen. Die libertären Grünen teilten die Schwäche der FDP-Mitglieder. Ich bezeichne diese Schwäche als einen Gefühlsliberalismus, der blind gegenüber den Störungsfaktoren ist, die eine funktionierende Marktwirtschaft mit der Förderung von Gemeinwohl und individuellem Wohl verhindert.

Ein besonderer Grund dafür, dass die Existenz der Grünen nicht zu einer Wendemarke in der Wirtschaftspolitik und -gestaltung wurde, waren die nach der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) einströmenden Marxisten.¹¹ Dabei ist es ganz natürlich, dass Menschen, die eine bestimmte Vorstellung von der Zukunft ihrer Gesellschaft haben, jede Chance für sich nutzen, wenn sich in der Gesellschaft politisch etwas bewegt. Es ist also etwas ganz Selbstverständliches, wenn ein Marxist seinen Marxismus vertritt. Es ist aber etwas anderes, wie ein Anliegen vertreten wird. Und in dieser Beziehung kann ich über keine guten Erfahrungen mit Marxisten berichten. Schon das Eintreten für die Marktwirtschaft genügte um des Faschismus' verdächtigt zu werden. Und die Forderung für Zuwendungen aus der Staatskasse eine Gegenleistung einzufordern, wenn der Begünstigte dazu in der Lage ist, wurde von ihnen unter Sozialdarwinismus eingestuft. Anna Hallensleben weist auf Zitate von Lenin in einem Flugblatt des Kommunistischen Bundes hin, die die Furcht vor einer Unterwanderung förderten. Es heißt dort u.a.:

„Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten ...“ und
„Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte

11 Da es galt bei Wahlen die 5%-Hürde zu überwinden, hat auch die Mehrheit der freiwirtschaftlichen Grünen, die Öffnung zu den Mitgliedern der K-Gruppen befürwortet. Meine Haltung war: Wenn dadurch das Projekt schiefeht, müssen wir eben eine neue Partei gründen. Das war zu kurz gedacht. Zwar kann in der BRD jeden Tag eine neue Partei gegründet werden. Eine Gründung mit Erfolg hängt aber von vielen Faktoren ab. Dass die Partei Die Linke es geschafft hat, ist für mich ein Hinweis auf das Versagen der Grünen und auf die besondere Situation in den neuen Bundesländern. Mit der Mentalität der westdeutschen Kommunisten und Marxisten, wäre sie in kein Parlament eingezogen.

und nur dann besiegen, wenn man u n b e d i n g t aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen." ¹²

Der Hass von Marxisten, die sich heute als Antifaschisten bezeichnen, auf Andersdenkende ist nicht geringer als der Hass von Rechtsradikalen gegenüber Menschen anderer Nationalität. Aber hier gilt nach allen Seiten, dass emotional motivierte Herabsetzungen der jeweils Anderen aufgrund von selbst erfahrenen Verletzungen und Kränkungen durch diese Anderen die Sache nicht besser machen. Abgesehen davon wird m. E. das Verhalten von Extrem- und Randgruppen nicht nur von ihren individuellen Befindlichkeiten und von den Ideen, den Ideologien und von den Vorstellungen über Gut und Böse gesteuert, sondern auch von dem Verhalten jener, die sich zur politischen Mitte zählen und gerne mit dem Finger auf die Extremisten und Radikalen zeigen, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Die feindseligen Auseinandersetzungen in der grünen Partei in den ersten Jahren – die sich ausdrücklich nicht als links und nicht als rechts, sondern als vorne – sozusagen als Speerspitze einer neuen Zeit verstand und darum das Parteienkartell in den Parlamenten zu überwinden trachtete - hatten stark – aber nicht nur – ihren Ausgangspunkt in den unterschiedlich geprägten marxistischen Gruppen und Einzelpersonen, die glaubten, durch Siege in den Delegiertenkonferenzen ihre Vorstellungen in die Köpfe aller Mitglieder pflanzen zu können.

Hanna Hallensleben schreibt dazu 1984:

> Entwickeln DIE GRÜNEN ein sozialistisches Wirtschaftskonzept, ist nicht zu erwarten, daß sich ihre Basis vergrößert, da der Basiskonsens mit der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland (...) groß ist. Es ist denkbar, daß sich der Basiskonsens, im Sinne von Stöss, bei zunehmenden strukturellen Wirtschaftsproblemen, Umwelt- und Arbeitsmarktproblemen ändert (...), zu bezweifeln ist jedoch, daß der Wähler einer heterogenen neuen Partei die Lösung dieser Probleme zutraut. Das hängt von der Weiterentwicklung der Partei ab. <

(a.a.O. S. 264)

12 Anna Hallensleben, Von der Grünen Liste zur Grünen Partei /Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GÜNEN 1980, 1984, eine Dissertation, S. 92. Siehe auch: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/51.0%20Dissertation%20Gruendungszeit%20der%20Gruenen.pdf>

Die Wirkung dieser Auseinandersetzungen waren eben, dass viele Mitglieder mit unterschiedlicher Orientierung aufgrund von Anfeindungen und der abstoßenden herrschenden Unduldsamkeit und dem vermeintlichen oder tatsächlichen Unverständnis für ihre Anliegen sich von der Partei zurückgestoßen fühlten und sich verabschiedeten. Die Folge war dann, dass das, was sich danach der Öffentlichkeit als grüne Partei präsentierte, nicht die Organisation war, die sich die verschiedenen Gründer vorgestellt hatten. Die Resignation vieler Gründer der GRÜNEN wurde danach vermutlich als Einkehr von mehr Frieden in der Partei verstanden. Und die Anpassung an die „etablierten“ Parteien und ihren Inhalten wurde nicht als Niederlage, sondern als Fortschritt gesehen.¹³ Die Grünen wurden so Bestandteil des Parteien-Kartells. Sie sortierten sich nach meinen Maßstäben zwischen der SPD und FDP in das Kartell ein, ohne eines der ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme zu lösen.

Diese Hinweise sollen aber nicht Personen denunzieren, sondern verdeutlichen, dass das politische Handeln von den Vorstellungen abhängt, die sich die Akteure von den Problemen und ihren Lösungen machen. Dabei hätten Reibereien um Inhalte und Wege in der grünen Partei minimiert werden können, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Inhalte der freiwirtschaftlichen Gruppe den Mitgliedern der grünen Partei kurzfristig zu vermitteln. Den Anspruch eine Reformpartei zu sein, hätten DIE GRÜNEN nicht aufgeben müssen. Bei rationaler Kenntnisnahme der Vorstellungen der freiwirtschaftlichen Gruppe, hätte begriffen werden können, dass dieser Dritte Weg¹⁴ mit dem Ziel der Überwindung der Ausbeutung der Arbeit und der Natur durch das Kapital und Beibehaltung der Wettbewerbswirtschaft, die Klammer von marxistischen und bürgerlichen Grünen gewesen wäre. In den heutigen parteioffiziellen Parteidokumenten wird man meine Aussage aber wohl nicht bestätigt finden. Es ist uns nach der Parteigründung so ergangen, wie der freiwirtschaftlichen Gruppe nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet hat, als Gründer und Mitgestalter in der Vereinsgeschichte nicht vorkommen und auch in den Instituten, die nach Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard benannt sind, nicht genannt werden.

13 Ich will damit gar nicht sagen, dass alle Inhalte der Grünen in der Gründungszeit gut und richtig waren. Die Rotation der Mandatsträger und die Orientierung ihrer Diäten an den Facharbeiterlohn fand ich falsch. Ich habe damals gesagt, dass die Partei sich wie ein Zuhälter benimmt und die Abgeordneten in die Parlamente auf den Strich schicken, um sie abkassieren zu können.

14 Siehe Fußnote 9

4. Hinweise zum Thema Kommunismus / Marxismus in der alten BRD

Noch ein Wort zum Marxismus in Westdeutschland und zum Kommunismus im allgemeinen. Sicher hat es im westlichen Nachkriegsdeutschland Kommunisten gegeben, die sich wie die Sozialdemokraten und anfangs auch die Christdemokraten den Wiederaufbau des Rest-Deutschland nach liberalem Muster mit einer Marktwirtschaft nicht vorstellen konnten. Auch war der Erfolg des marktwirtschaftlichen Experiments von den Bürgern aus gesehen nicht sicher, so dass es politisch gerechtfertigt schien, Bestrebungen nach einem alternativen Modell mit einer vom Kommunismus inspirierten Zentralverwaltungswirtschaft entgegen zu wirken. Eine marktwirtschaftliche Ordnung war für die Mehrheit der Westdeutschen nach dem Krieg kein Modell, das Hoffnung vermittelte. Es wäre nicht mehrheitsfähig gewesen. Die Einführung der Marktwirtschaft ist der allgemeinen Erschöpfung und der Chance von wenigen marktwirtschaftlichen Akteuren mit Unterstützung der westlichen Siegermächte – besonders der USA - zu verdanken. Die Zustimmung zu dem Modell kam erst mit seinem Erfolg. In einer solchen Situation ist zu berücksichtigen, dass der neue Feind hinter dem Eisernen Vorhang ein kommunistisches Kleid trug. Das macht verständlich, dass im Westen die Trommeln der Propaganda gegen den Kommunismus geschlagen wurden.

Aus der Sicht vieler westdeutscher Kommunisten und Marxisten entwickelte sich aber östlich des Eisernen Vorhanges das neue Deutschland, das sich ihrem Ideal näherte, aber vom Westen sabotiert wurde. Was noch nicht erkennbar für jene war, die eine rote Parteibrille trugen, war die Erkenntnis, dass es Deutschland nicht besser ergangen wäre, wenn am Ende der Weimarer Republik statt der Nationalsozialisten die Kommunisten gesiegt hätten, denn nicht die anständigen Kommunisten hätten dann in Deutschland das Sagen gehabt, sondern die mörderischen Stalinisten.

Trotzdem empfinde ich es als starken Mangel, dass den Kommunisten in der BRD, die die Konzentrationslager und den Krieg überlebt hatten, das politische Leben schwer gemacht wurde. Ein Liberalismus, der darauf angewiesen ist, seine Konkurrenten zu diskriminieren, auszutricksen und mit Berufsverboten zu belegen, ist es nicht wert, verteidigt zu werden.

Anders ist die Situation der Marxisten zu beurteilen, die unter dem ökonomischen Leitstern *Soziale Marktwirtschaft* zum Marxismus gefunden haben. Anfang der 60er Jahre des vori-

gen Jahrhunderts war doch schon offensichtlich, dass das real-existierende Model *Soziale Marktwirtschaft* sich nicht den ursprünglichen Erwartungen gemäß entwickelt hatte, sondern den nackten Kapitalismus zum Vorschein gebracht hatte - retuschiert mit dem unzureichenden Mittel der Sozialpolitik. Da das Gerechtigkeitsgefühl junger Menschen noch nicht so stark von der Anpassung an den Alltag abgestumpft ist wie in der Regel bei den Erwachsenen, haben die, die die Ungerechtigkeit sahen, ganz legitim und altersgerecht nach Alternativen für die Ökonomie als Basis allen gesellschaftlichen Lebens gesucht. Und sie fanden bei ihrer Such nur in Marx einen Autoren, der ihnen Freiheit und Gerechtigkeit versprach, denn Pierre-Joseph Proudhon und Silvio Gesell waren ja vom Ideenmarkt so gut wie verbannt. Die Ideen von Karl Marx waren zwar in langen Texten mit komplizierten Sätzen versteckt, aber hier gab es noch genügend Lehrer als Übersetzer, die den Erfolg der Marktwirtschaft „überwintert“ hatten.

Ich vermute mal, dass es in den gesamten Sozialwissenschaften nur eine kleine Minderheit von Hochschullehrern gab, die ein wirkliches Verständnis für die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge und den Fehlern im System hatten. (Leider kann ich nicht erkennen, dass das heute bei den Hochschullehrern - die sich am Neoliberalismus orientieren - anders ist.) Auf diese Weise wurde die Volkswirtschaftslehre in der Hauptsache als Verteidigungsstrategie des Kapitalismus betrieben und dadurch konnte sie kein Gegengift gegen das vermeintlich Gerechtigkeit und Freiheit versprechende totalitäre kommunistische System sein.

Viele junge Menschen sahen daher den kommunistischen Osten, der auf dem Weg zu seinem Ideal zu sein schien, von einer ideologischen und menschenfeindlichen Politik des Westens bedroht. Es ist also kein Wunder, dass damals viele von ihnen zu Marxisten wurden und dann wesentlich die Studentenproteste von 1968 beeinflussten. Wenn heute von jungen Menschen berichtet wird, die zum Islam übertreten und sich zu Kämpfern gegen den Westen ausbilden lassen, hat das nach m.E. die gleichen Ursachen. Im Hinblick auf die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme – die so nicht zu lösen sind - war und ist das eine Verschleuderung menschlicher Ressourcen. Warum ist das so?

5. Ist der Marxismus Kommunismus eine eindeutige Lehre?

In dem Handelsblatt-Artikel, der Anlass dieser Stellungnahme ist, steht:

> Es ist kein Zufall, dass das „Gespenst des Kommunismus“, wie Karl Marx und Friedrich Engels 1848 schrieben, aus Deutschland kam. Schon Johann Gottlieb Fichte, einer der Heroen des deutschen Idealismus, hatte im Jahr 1800 mit der Schrift „Der geschlossene Handelsstaat“ die Vision eines Staates entworfen, in dem jeder seinen Platz findet und jeder sein Auskommen hat – dafür aber auch viel obrigkeitliche Kontrolle und wenig Freiheit. Deutschland blickte damals schon gerne zurück in eine vermeintlich bessere Vergangenheit. Die Skepsis gegenüber dem Kapitalismus ist in Deutschland bis heute tief verwurzelt, hilft aber nicht, die Zukunft zu gestalten. <

Schon dieser Absatz ist in seinem Aufklärungsgehalt eingeschränkt, weil auch hier suggeriert wird, dass die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus Synonyme sind. Aber abgesehen davon, wo haben denn die Deutschen gelernt, in Freiheit - die hier als haftende Gestaltungsfreiheit und nicht als die praktizierte Narrenfreiheit gemeint ist - zu leben. Die Deutschen konnten seitdem sie als Nation sichtbar wurden ihren Gott nicht frei wählen und als das den wenigen, die sich von den tradierte Bindungen möglich wurde, konnten sie als Gesamtheit nicht die Form ihres Staates und ihrer Wirtschaft wählen. Wir leben immer noch in einer Staatsform, die ein Oktroy der Sieger des Zweiten Weltkrieges ist. Wenn dann die Marktwirtschaft in ihrer kapitalistischen Verformung als eine Angst und Abhängigkeit vermittelnde Angelegenheit erlebt wird, dann ist es kein Wunder, dass ein geschlossenen System vielen Bürgern als Paradies erscheint, so wie im Winter dem Wohnungslosen das Gefängnis. Unser gesellschaftliches und politisches Leben ist eben nicht auf Freiheit angelegt.¹⁵

Adolf Damaschke schreibt in seiner "Geschichte der Nationalökonomie", zweiter Band, 13. Auflage von 1922:

> Solange Menchen auf dieser Erde über wirtschaftliche Dinge nachdenken, solange ist auch das Ideal die Lehre von einer „völligen Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“ lebendig gewesen. Die Erinnerung an ein goldenes Zeitalter, mit denen die Geschichte jedes Volkes beginnt, wurzelt zum großen Teil in solcher Sehnsucht.

An der Schwelle der Neuzeit (1516) zeichnete der große englische Lordkanzler Tho-

¹⁵ Unter der Textziffer 118 habe ich mit einem Text unter folgendem Titel begonnen >> „Freiheit die ich meine“ / Welche Freiheit ist gemeint, wenn die politischen Parteien von Freiheit reden? Was sind die Bedingungen der Freiheit? Wie verhält sich die Freiheit zur Gleichheit? << Da ich auch das "Faschistische" in unserer Parteiendemokratie ansprechen muss, habe ich diese Arbeit unterbrochen, weil mir meine Gedanken noch nicht ausgereift erscheinen.

mas Morus, der für seinen katholischen Glauben 1535 das Schaffott bestieg, in seinem Staatsroman „Utopia“ (Nirgendheim) das viel bewunderte Idealbild eines Staates völliger Gleichheit. In Italien schrieb der Dominikanermönch Thomas Campanella, der wegen einer Verschwörung gegen die spanische Herrschaft von 1600 bis 1626 in Neapel gefangen gehalten wurde, im Kerker seinen „Sonnenstaat“.

Kommunistische Theoretiker finden wir, wenn wir von den „Schwarmgeistern“ der Reformationszeit absehen, zuerst als Gegner der Physiokraten und in den Tagen der großen Revolution: Morelli, Mably, Babeuf.

Die große Umwälzung, welche der Siegeszug der Dampfmaschine in den wirtschaftlichen Verhältnissen verursachte, rief naturgemäß das Nachdenken über volkswirtschaftliche Dinge in den weitesten Kreisen hervor. Der Handwerker, der sich dem übermächtigen Wettbewerb des Fabrikbetriebes gegenüber sah, der Arbeiter, dem seine Arbeit aufgekündigt wurde, weil eine neue Maschine ihn entbehrlich gemacht hatte, sie alle mußten sich mit der aufsteigenden neuen Zeit auseinandersetzen. < (Seite 84, ohne Hervorhebungen)

An dieser Stelle sei auf eine Arbeit des verstorbenen Professors für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, Dieter Suhr – auf den ich noch zurückkomme – hingewiesen. In seiner Schrift *Gleiche Freiheit / Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft* greift er das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, das statt einer gegenseitigen Bedingung oder Förderung zu oft als zwei sich ausschließende Prinzipien gesehen wird.^{16 17 18}

Deutlich wird auch: Eine ausschließliche Verknüpfung des Begriffs *Kommunismus* mit dem Namen *Karl Marx* ist also falsch und führt nicht zur Klärung. Karl Marx verstand sich selbst auch nicht als Marxist. Bei Damaschke ist zu lesen:

> Als ihm sein Schwiegersohn Lafargue mitteilte, daß er eine „marxistische Partei“ in Frankreich gegründet habe, antwortete er: „Ce qu`il y a de certain, c`est que moi, je ne suis pas marxiste.“ (Das ist gewiß, ich selbst bin kein Marxist.)

Will man zusammenfassen, was Marx aufgrund seiner Untersuchungen vor zwei Menschenaltern als das große Ziel der Entwicklung sah, so kann man das am besten mit seiner Zusammenfassung am Schluß des vorletzten Kapitels seines Hauptwerks:

Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses produziert.

Es ist die Negation der Negation. Diese stellt das individuelle Eigentum wieder her, aber auf Grundlage der Er-

16 http://www.sozialoekonomie.info/Weiterfuehrende_Informationen/Suhr_Gleiche-Freiheit/suhr_gleiche-freiheit.html

17 Leserbrief dazu von Achim Brand : <http://www.kiesweg.de/Bf-an-F-Andres-wg-D-Suhr.pdf>

18 Zur Person und zum Werk: http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr

rungenschaft der kapitalistische Aera, der Kooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigentum an der Erde und den durch die Arbeiter selbst produzierten Produktionsmitteln. <

Aus Rudolf Bahros Buch *Die Alternative - Zur Kritik des real existierenden Sozialismus* von 1977 habe ich in Erinnerung, dass er kein Freund des Zentralismus war. Wenn er für die Freiheit des einzelnen Menschen war und das Reich der Notwendigkeiten überwinden wollte, dann macht das auch Sinn, weil die Zentralverwaltungswirtschaft nicht mit solchen Zielen in Einklang zu bringen ist. Bahro, der sein Buch ja in der DDR geschrieben hat und dafür eingesperrt wurde, hält damals noch an dem Begriff *Kommunismus* fest und bringt gegen Ende – sich auf Marx berufend – den Begriff *Assoziation* und *Föderation ins Spiel*:

> ...Und schließlich habe ich das Problem verfolgt, wie die kommunistischen Individuen ihren gesellschaftlichen Gesamtprozeß rationell regeln können, um sich über das Reich der Notwendigkeit zu erheben, in ihrer Gemeinschaftlichkeit zu gleich ihre Freiheit, ein unbegrenztes Feld ihrer Selbstverwirklichung im Handeln, im Denken, im Genuß ihrer persönlichen Beziehungen zu finden.

Die Antwort liegt in der Aufdeckung des *föderativen* Prinzips, das der Idee der freien Assoziation eingeschrieben ist: ... < S. 542 ¹⁹

Mag Marx seinen Kommunismus auch nicht zentralistisch gedacht haben, der zentralistischen Ausrichtung des praktizierten Marxismus hat er schon dadurch Vorschub geleistet, weil er keinen Weg mit dezentralen Bausteinen zur Zielerreichung beschrieben hat. Wie man den gedachten Kommunismus nicht mit einer Zentralverwaltungswirtschaft gleichsetzen kann, so ist auch eine Gleichsetzung des Begriffs *Sozialismus* mit dem Begriff *Kommunismus* nicht korrekt. Bei Silvio Gesell heißt es:

> Die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, des sogenannten Mehrwertes, auch Zins und Rente genannt, ist das unmittelbare wirtschaftliche Ziel aller sozialistischen Bestrebungen. Zur Erreichung dieses Zieles wird allgemein der Kommunismus, die Verstaatlichung der Gütererzeugung mit all ihren Folgen, verlangt, und mir ist nur ein einziger Sozialist bekannt – P.J. Proudhon -, dessen Untersuchungen über das Wesen des Kapitals ihm auch eine andere Lösung der Aufgabe erscheinen ließen. <²⁰

Dieter Suhr, den ich schon benannt habe und der sich mit einem Thema zu Marx und Hegel

19 Siehe auch: mein Text 8.5: Zitate und Anmerkungen *Marxismus – Leninismus* von Hermann von Berg, *Die Alternative* von Rudolf Bahro und zum Marxismus aus Schriften der Freiwirtschaft.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.5%20Zitate%20von%20Berg%20Bahro%20Freiwirtschaft.pdf>

20 Die Natürliche Wirtschaftsordnung, 1949, S. 33

habilitiert hat und Georg Otto^{21 22}, der als Studienrat in einem Zusatzstudium intensiv mit Marx beschäftigt hat, kommen mehr oder weniger unabhängig voneinander zu dem Schluss, dass sich das freiwirtschaftliche Modell *Natürliche Wirtschaftsordnung* auch mit Marx begründen lässt. In der Schrift von Suhr *Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus* lautet ein Kapitel *Der Streit um den Mehrwert – Erinnerung an Marx, Proudhon und Gesell*. Eine Schrift von Georg Otto hat den Titel: *Warum der Marxismus scheitern musste. Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie - Grundlage der realsozialistischen Versuche - und der Geldtheorie von Marx - Basis eines Sozialismus in Freiheit?*, Rhade 1991, Anders-Leben-Verlag, [ISBN 3-927501-03-4](https://www.amazon.de/dp/3927501034).²³ Auf der Suche nach einem anderen Titel von Suhr²⁴ bin ich auf einen Beitrag meines verstorbenen Freundes Josef Hüwe gestoßen: Der Titel: *Zur Diskussion über die Marxsche Arbeitswertlehre in der Freiwirtschaftsbewegung*. Hüwe setzt sich hier mit dem Buch *Sprung aus dem Teufelskreis* von Johannes Heinrichs – damals Professor an der Humboldt-Universität – auseinander. Die Marxisten haben eben kein Monopol auf die Marx-Interpretation. Und Marx ist eben auch nicht ohne Widersprüche.

6. Rudolf Rocker als Vermittler der Geschichte der Sozialismus-Idee

Hier ist es angebracht auf eine Arbeit > Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus < von Rudolf Rocker²⁵ hinzuweisen. Auf 28 Seiten (im PC-Ausdruck) zeichnet er ein Bild von der Entwicklung des autoritären und freiheitlichen Sozialismus.²⁶ Ich bringe hier Auszüge in der Reihenfolge des fortlaufenden Textes von Rocker. Ich kommentiere die Textpassagen nicht, weil ich meine, dass sie selbsterklärend sind. Wer mehr lesen möchte, kann auf den Gesamttext zurückgreifen. Wer gleich bei meinen Ausführungen weiter lesen will, kann diese Seiten ja überspringen und auf der Seite 20 weiterlesen.

21 http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

22 <http://www.alternativen.biz/alternativen/download/Biographie-Georg-Otto.pdf>

23 http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto

24 Ich vermute, es ist folgender Text: SUHR, DIETER 1987: *Die kapitalistische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als Problem des Geldsystems* (Vortrag auf der Tagung "Civil Society" der Universität Warschau in Rynia), Augsburg, Rynia: vervielfältigtes Manuskript, Seite(n): 19, Archiv: LH 40 (Kopie). Die Gesamtübersicht über Suhrs Arbeiten sind hier zu finden:

http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/AGB-Katalog_SIN-SZ/agb-katalog_sin-sz.html

25 Rudolf Rocker (* 25. März 1873 in Mainz; † 19. September 1958 nahe Crompond, Westchester County) war deutscher Historiker und Anarchosyndikalist.

http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Rocker

26 <http://www.anarchismus.at/texte-anarchismus/anarchismus-und-marxismus/6293-rocker-absolutistische-gedankengaenge-im-sozialismus>

<http://www.amazon.de/Absolutistische-Gedankeng%C3%A4nge-Sozialismus-Rudolf-Rocker/dp/B0000BMW9L>

>> Der moderne Sozialismus war im Grunde genommen nur eine natürliche Fortsetzung der großen liberalen Gedankenströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Liberalismus hatte dem System des fürstlichen Absolutismus den ersten tödlichen Schlag versetzt und das gesellschaftliche Leben auf neue Bahnen gelenkt. Seine geistigen Träger, die in dem Höchstmaß der persönlichen Freiheit den Hebel jeder kulturellen Neugestaltung erkannten und die Betätigung des Staates auf die engsten Grenzen beschränken wollten, hatten damit der Menschheit ganz neue Ausblicke ihrer zukünftigen Entwicklung eröffnet, die unbedingt zu einer Überwindung aller machtpolitischen Bestrebungen und zu einer sachkundigen Verwaltung gesellschaftlicher Dinge hätte führen müssen, wenn ihre wirtschaftliche Einsicht mit ihrer politischen und sozialen Erkenntnis gleichen Schritt gehalten hätte. Das aber war leider nicht der Fall.

...

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht bietet nicht die kleinste Gewähr für das Denken und Handeln der Menschen. Die Tatsache allein, daß fast alle großen Pioniere des sozialistischen Gedankens nicht aus dem Proletariat, sondern aus den sogenannten herrschenden Klassen hervorgegangen sind, sollte uns gerade in dieser Hinsicht zum Denken anregen. Man findet unter ihnen Aristokraten wie Saint Simon, Bakunin und Kropotkin, Offiziere der Armee wie Considerant, Bazard, Pisacane und Lawroff, Kaufleute wie Fourier, Fabrikanten wie Owen und Engels, Priester wie Meslier und Lammenais, Männer der Wissenschaft wie Wallace und Düring und Intellektuelle aller Schattierungen wie Blanc, Cabet, Godwin, Marx, Lassalle, Gatrido, Pi y Margall, Heß und hundert andere.

Die Anhänger der Lehre von der "historischen Mission des Proletariats" mögen sich damit trösten, daß der Faschismus nur eine Bewegung der Mittelklasse sei, das ändert nichts an der Tatsache, daß die fast 14 Millionen Wähler, die in Deutschland für Hitler gestimmt haben, zum größten Teil aus dem Proletariat hervorgegangen sind. Gerade in einem Lande wie Deutschland, wo die marxistische Lehre eine so weite Verbreitung gefunden hatte, ist dies von doppelter Bedeutung. Wenn die geistigen Vertreter des alten Absolutismus, die Hobbes, Machiavelli, Bossuet usw. dem Lager der geistigen Oberschicht angehörten, während die Träger des neuesten Absolutismus, die Mussolini, Stalin und Hitler aus den untersten Schichten ihren Aufstieg genommen haben, so zeigt gerade dieser Umstand am besten, daß weder revolutionäre noch reaktionäre Ideen an eine bestimmte Volksgruppe gebunden sind.

...

Proudhon hatte erkannt, daß der Absolutismus, dieses ewige Prinzip der Bevormundung für einen gottgewollten Zweck, der jedem menschlichen Einspruch verschlossen ist, den Menschen in ihren geistigen Bestrebungen nach höheren Formen ihres gesellschaftlichen Daseins am stärksten im Wege steht. Für ihn war der Sozialismus nicht bloß eine Frage der Wirtschaft, sondern eine kulturelle Frage, die alle Gebiete der menschlichen Betätigung umfaßte. Er wußte, daß man die autoritären Überlieferungen der Monarchie nicht bloß auf einem Gebiete beseitigen und auf allen anderen beibehalten durfte, wenn man die Sache der sozialen Befreiung nicht einem neuen Despotismus in die Hände spielen wollte. Für ihn waren wirtschaftliche Ausbeutung, politische Unterdrückung und geistige Gebundenheit nur verschiedene Erscheinungsformen derselben Ursache. Proudhon sah in der Monarchie das Symbol aller menschlichen Versklavung. Sie war für ihn nicht lediglich eine politische Einrichtung, sondern ein sozialer Zustand mit bestimmten unvermeidlichen geistigen und seelischen Auswirkungen, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gleichermaßen bemerkbar machen. In diesem Sinne nannte er den Kapitalismus den "Monarchismus der Wirtschaft", welcher die Arbeit dem Kapital in gleicher Weise tributpflichtig macht wie die Gesellschaft dem Staat und dem Geist der Kirche.

...

Proudhon war der Mann ohne festgesetzte Ziele, denn er war sich vollkommen darüber klar, daß das eigentliche Wesen der Gesellschaft in dem ewigen Wandel ihrer Formen zu suchen ist und am besten gedeiht, je weniger künstliche Schranken ihm gesetzt werden und einen je stärkeren und bewußteren Anteil die Menschen an diesem Wandel nehmen. In diesem Sinne sagte er einmal, daß die Gesellschaft einem Uhrwerk gleiche, das seinen eigenen Pendelschlag in sich trage und keiner äußeren Hilfe bedarf, um in Bewegung zu bleiben. Die soziale Befreiung war für ihn ein Weg, kein Ziel, da er mit Ibsen der Meinung war: "Wer die Freiheit anders besitzt als das zu Erstrebende, der besitzt sie tot und geistlos, dem der Freiheitsbegriff hat ja gerade die Eigenschaft, sich während der Aneignung

stetig zu erweitern. Wenn deshalb einer im Kampfe stehen bleibt und sagt: jetzt habe ich sie! - so zeigt er eben dadurch, das er sie verloren hat."

...

"Alle Parteien, ohne Ausnahme," sagte er, "sind, indem sie die öffentliche Macht erstreben, nur besondere Formen des Absolutismus. Es wird keine Freiheit -' für die Bürger, keine Ordnung in der Gesellschaft, keine Einigkeit unter den Arbeitern geben, bevor nicht in unserem politischen Katechismus der Verzicht auf die Autorität an die Stelle aller Bevormundungsgelüste getreten ist."

...

Vor allem zeigt es sich heute, daß die soziale Befreiung nicht bloß ein wirtschaftliches Problem ist. Auch die vollkommendste Gleichschaltung 1) der ökonomischen Kräfte bietet keine Sicherheit für die wirkliche und allseitige Befreiung der Menschen. Sie kann sich sogar unter Umständen zu einer weit größeren Versklavung auswirken als die, unter welcher wir bisher gelebt haben. Der blinde Glaube so vieler Sozialisten, daß mit der Verstaatlichung der Wirtschaft die soziale Frage gelöst werden könnte, beruht auf einer vollständigen Verkennung der Aufgabe, die dem Sozialismus gestellt ist. Die wirtschaftlichen Vorgänge in den sogenannten totalen Staaten und besonders der Anschauungsunterricht, den uns die "proletarische Diktatur" in Rußland gegeben hat, haben uns allzu deutlich gezeigt, daß die Verstaatlichung des ökonomischen Lebens Hand in Hand mit einer völligen Verleugnung aller persönlichen Rechte und Freiheiten geht, ja, gehen muß, da sie einer bürokratisch gegliederten Hierarchie zur Macht verhilft, deren Einfluß als herrschende Klasse dem werktätigen Volke nicht minder verderblich ist wie die Rolle der besitzenden Schichten in den kapitalistischen Staaten, ja diese in ihren geistigen, physischen und moralischen Auswirkungen noch bei weitem übertrifft. Die wirtschaftliche Gleichheit des Gefängnisses oder der Kaserne ist sicher kein geeignetes Vorbild für eine höhere soziale Kultur der Zukunft. Auch in dieser Beziehung bewährte sich Proudhon als Prophet, wenn er voraussagte, daß eine Vereinigung des Sozialismus mit dem Absolutismus zur größten Tyrannei aller Zeiten führen müsse.

III.

Es war nicht zuletzt dieser freiheitsfeindliche Zug im Lager des Sozialismus, welcher unbewußt und unbeabsichtigt dazu beitrug, der faschistischen Auffassung vom totalen Staate den Weg zu ebnen. Tatsache ist, daß die sogenannte "proletarische Diktatur" in Rußland das erste Ideengebilde eines totalen Staates ins Leben umsetzte, das später Mussolini und Hitler in vielen Hinsichten als Vorbild dienen mußte. Die Opposition im kommunistischen Lager, die Anhänger Trotzky's und andere Splittergruppen haben später sogar offen zugegeben, daß der Stalinismus der Wegbereiter der faschistischen Reaktion in Europa gewesen ist, sie haben dabei nur das Wesentliche vergessen, nämlich, daß Lenin und Trotzky die Wegbereiter Stalins gewesen sind. Es ist nicht die Person des Diktators, die hier entscheidend ist, es ist die Einrichtung der Diktatur als solche, aus welcher das Übel hervorgeht und die ihrem ganzen Wesen nach nie etwas anders sein kann, als der Wegbereiter einer neuen sozialen Reaktion, auch wenn der Sozialismus und die Befreiung des Proletariats ihr als Feigenblatt dienen muß, um ihren eigentlichen Charakter zu verbergen.

...

Unter normalen Verhältnissen bestehen stets gewisse Möglichkeiten für neue Wege der Entwicklung, die sich immer ergeben, so lange die freie Erörterung über soziale Zustände nicht durch tyrannische Maßnahmen völlig unterbunden wird. Sogar die ausgesprochensten Vertreter des politischen Konservatismus können sich unter solchen Bedingungen den moralischen Auswirkungen einer demokratischen Gesellschaftsauffassung nie völlig entziehen. Wie die Römische Kirche sich allmählich mit den verschiedenen Richtungen des Protestantismus abfinden mußte, so muß sich auch der politische und soziale Konservatismus mit bestimmten Ergebnissen des demokratischen Bewußtseins im Volke abfinden, die aus den Revolutionen gegen den fürstlichen Absolutismus hervorgegangen sind. Ein solches Abfinden mit historischen Tatsachen ist unter normalen Bedingungen unvermeidlich, da weder die Revolution noch die Reaktion imstande ist, den Gegner völlig aufzureiben. Um nach größeren Erschütterungen das soziale Gleichgewicht wiederherzustellen und ein gesellschaftliches Zusammenarbeiten überhaupt möglich zu machen, entwickeln sich allmählich gewisse Satzungen, in denen Altes und Neues unmerklich zusammenfließen, und die sich mit der Zeit zu einem bestimmten Rechtszustand verdichten, den man nicht jeden Augenblick willkürlich vergewaltigen kann, wenn man die Gesellschaft nicht fortgesetzt im offenen Kriegszustande halten will.

...

Denn auch der Glaube an die Allmacht der Revolution ist im Grunde nur eine Selbsttäuschung, die schon viel Unheil angerichtet hat. Auch Revolutionen können immer nur Keime entwickeln, die bereits früher vorhanden waren und in das Bewußtsein der Menschen eingedrungen sind. Aber sie können diese Keime nicht selbst schaffen und aus dem Nichts eine neue Welt formen. Eine Revolution ist die Entfesselung der bereits im Schöße der alten Gesellschaft wirkenden neuen Kräfte, die nach einer Neugestaltung der sozialen Formen streben und die, wenn die Zeit dazu gekommen ist, die alten Bindungen sprengen, dem Kinde vergleichbar, das nach der vollendeten Schwangerschaft die alte Hülle sprengt, um sein eigenes Dasein zu beginnen. Bezeichnend für das Wesen der Revolution ist der Umstand, daß die Erneuerung der sozialen Lebensbedingungen nicht von oben ausgeht, sondern der unmittelbaren Betätigung breiter Schichten des Volkes entspringt, ohne die eine wirkliche Umgestaltung überhaupt nicht möglich wäre. In diesem Sinne ist die Revolution stets der Abschluß eines bestimmten Entwicklungsprozesses und zugleich die Einleitung zu einer Neugestaltung der Gesellschaft.

...

Die meisten der großen Pioniere des Sozialismus versprachen sich schon deshalb nichts von Verschwörungen und Aufstandsversuchen zur Förderung ihrer Sache, weil manche von ihnen die Fruchtlosigkeit solcher Versuche aus eigener Erfahrung kennen gelernt hatten und die anderen aus den unmittelbaren Ergebnissen der zeitgenössischen Geschichte ihre Lehre zogen. Sie verstanden, daß man Dinge nicht gewaltsam zur Reife bringen konnte, die erst im Anfangsstadium ihrer natürlichen Entwicklung begriffen waren und vorläufig nur bei einer kleinen Minderheit einen geistigen Niederschlag gefunden hatten. Diese Auffassung war bei ihnen umso verständlicher, da es sich in ihrem Falle ja nicht um einen gewöhnlichen Regierungswechsel handelte, sondern um eine Umgestaltung aller gesellschaftlichen Lebensbedingungen, die ohne die geistige Bereitwilligkeit breiter Volksmassen nicht zu erhoffen war. Es war weder persönliche Naivität noch Haltlosigkeit der Gesinnung, aus denen solche Erwägungen geboren wurden, sondern die völlige Ohnmacht des Einzelwesens in einer Zeit, die alle sozialen Bindungen verloren hatte und nur Kommandorufe und widerstandslose Unterwerfung kannte.

...

Unter den Sozialisten der älteren Schule finden wir nicht bloß bei vielen eine ausgesprochene Feindseligkeit gegen alle liberalen Bestrebungen und ein ganz unverkennbares Kokettieren mit Auffassungen des politischen Absolutismus, sondern sogar theokratische Anwendungen, die direkt aus dem Vorstellungskreise des römischen Katholizismus hervorgegangen sind. Das gilt besonders für die Saint-Simonisten und die Anhänger des sogenannten theosophischen Kommunismus.

...

Saint-Simon war einer der ersten großen Sozialphilosophen, die zwischen der politischen Organisation des Staates und dem natürlichen Gebilde der Gesellschaft eine deutliche Grenze zogen und versuchte, die Einflußsphäre beider zu bestimmen. In seiner Schrift "Du système industriel" (1821) führte er den Ausbruch der Großen Revolution auf die staatliche Bevormundung und Regulierung der Industrie zurück und zog daraus den Schluß, daß das Schwergewicht aller menschlichen Betätigung nicht in den politischen Formen der Regierung, sondern in den wirtschaftlichen und allgemeinen Verhältnissen der Zeit gesucht werden müsse.

...

(Zwischen dem Inhalt des vorangehenden Zitats und dem Inhalt des folgenden Zitats erläutert Rocker den Widerspruch zwischen Saint-Simon und den Saint-Simonisten. TA)

Die "Allweltliche Arbeiter-Assoziation" der Saint-Simonisten trägt den Charakter einer sozialen Theokratie, an deren Spitze ein industrieller Papst steht, dessen Anweisungen jeder widerspruchslos Folge leistet, da sie für alle gleich verbindlich sind. Sie ist das Modell eines totalen Staates, der alle sozialen Lebensäußerungen im richtigen Geleise hält und dafür sorgt, daß jeder den Anteil von allem erhält, der ihm auf Grund seiner sozialen Stellung und seines Ranges zusteht. Die Vorstellung einer sozialen Kirche als lebendiges Symbol der menschlichen Verbrüderung, die jedem den Platz anweist, den er auszufüllen hat, um die Belange der Gemeinschaft zu fördern, war das politische Ideal der Saint-Simonisten, die sich hier bewußt oder unbewußt mit den starren Vertretern des absolutistischen Autoritätsprinzips begegnen.

...

Die "Allweltliche Arbeiter-Assoziation" der Saint-Simonisten trägt den Charakter einer sozialen Theokratie, an deren Spitze ein industrieller Papst steht, dessen Anweisungen jeder widerspruchslos Folge leistet, da sie für alle gleich verbindlich sind. Sie ist das Modell eines totalen Staates, der alle sozialen Lebensäußerungen im richtigen Geleise hält und dafür sorgt, daß jeder den Anteil von allem erhält, der ihm auf Grund seiner sozialen Stellung und seines Ranges zusteht. Die Vorstellung einer sozialen Kirche als lebendiges Symbol der menschlichen Verbrüderung, die jedem den Platz anweist, den er auszufüllen hat, um die Belange der Gemeinschaft zu fördern, war das politische Ideal der Saint-Simonisten, die sich hier bewußt oder unbewußt mit den starren Vertretern des absolutistischen Autoritätsprinzips begegnen. ...

VI.

Der Einfluß absolutistischer Gedankenströmungen auf die Entwicklung der sozialistischen Ideenwelt, bald in der Anfangsperiode ihrer Entfaltung, war sicher ein Verhängnis, auch wenn uns seine Ursachen aus den Verhältnissen der Zeit verständlich erscheinen. Doch in Frankreich gab es nicht bloß eine jakobinische und autoritäre Überlieferung, sondern die Große Revolution selbst hatte tiefe Spuren im Denken der Menschen zurückgelassen, die unvergänglich waren und stets neue Anknüpfungspunkte für neue Entwicklungsmöglichkeiten boten. Und wenn es auch unbestreitbar ist, daß gewisse Richtungen des französischen Sozialismus bei dem politischen und klerikalen Absolutismus Anleihen machten, so fanden diese Bestrebungen ein wirksames Gegengewicht in den geschichtsphilosophischen Betrachtungen Saint-Simons, in der föderalistischen Assoziationsidee des Fourierismus und seiner Lehre von der "attraktiven Arbeit" und besonders in dem überragenden Einfluß der anarchistischen Gesellschaftsphilosophie Proudhons.

Ganz anders aber lagen die Verhältnisse in Deutschland, wo jede revolutionäre Überlieferung fehlte, wo der Liberalismus stets ein kraftloses Ersatzprodukt seines englischen Vorbildes blieb und die Ideen der bürgerlichen Demokratie niemals Wurzeln im Volke geschlagen hatten. Deutschland blieb bis zum Ende des ersten Weltkrieges ein halb-absolutistischer Staat, und alle Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie konnten an dieser historischen Tatsache nichts ändern. Die ersten Ansätze der sozialistischen Bewegung in Deutschland wurden aus Frankreich eingeführt, aber da ihre ersten Vertreter fast ausnahmslos aus der Schule Hegels und Fichtes hervorgegangen waren, so erhielten ihre Anschauungen von Anfang an ein ganz besonderes Gepräge, das sie von allen sozialistischen Gedankenrichtungen in Westeuropa wesentlich unterscheidet. Hegel, der "Philosoph des preußischen Staates", wie man ihn mit Recht genannt hat, hatte den Staat zum "Gott auf Erden" gemacht und Fichte hatte in seiner Schrift, "Der geschlossene Handelsstaat", die Vorlage einer staatssozialistischen Gesellschaft entworfen, die jedem totalen Staatsgebilde als Vorbild dienen konnte. Wenn Friedrich Engels in seiner Schrift, "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", erklärte "wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel", so bestätigt er damit nur eine Tatsache. Ob diese Tatsache dem deutschen Sozialismus wirklich das geistige Übergewicht gegeben hat, das Engels ihr zuschreibt, ist freilich eine andere Frage.

...

Das politische Ziel, das Marx im Auge hatte, war also unzweifelhaft die Ausschaltung des Staates aus dem Leben der Gesellschaft. In dieser Hinsicht wurde er vollständig von den Ideengängen Proudhons beeinflusst. Nur in der Art, wie er dieses Ziel erreichen wollte, unterschied er sich grundsätzlich von Bakunin und den freiheitlich gesonnenen Föderationen der Internationale. Bakunin und seine Freunde vertraten den Standpunkt, daß eine soziale Umwälzung zusammen mit den Institutionen der wirtschaftlichen Ausbeutung auch den politischen Machtapparat des Staates abtragen müsse, um eine ungehinderte Entwicklung des neuen sozialen Lebens zu ermöglichen. Marx aber wollte den Staat in der Form der "proletarischen Diktatur" als Mittel benutzen, um den Sozialismus praktisch durchzuführen und die Klassengegensätze innerhalb der Gesellschaft abzuschaffen. Erst nachdem die Klassen verschwunden, sollte ihnen der Machtapparat des Staates nachfolgen und der Verwaltung der Dinge Platz machen. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Meinungen und der Versuch von Marx und seinen Anhängern im Generalrat der Föderationen der Internationale eine zentralistische Organisationsform aufzuzwingen und sie auf eine bestimmte Politik festzulegen, war die eigentliche Ursache, die später zur Spaltung und inneren Zersetzung des großen Arbeiterbundes führte.

...

Daß eine Arbeiterschaft, die nicht die kleinsten revolutionären Überlieferungen hinter sich hatte und

welche den sozialistischen Gedanken nur in der Form des Marxschen Wirtschaftsfatalismus und der blinden Staatsgläubigkeit Lassalles kennen lernte, zum Wegweiser der allgemeinen sozialistischen Bewegung werden konnte, war für den Sozialismus dasselbe Verhängnis wie die Politik Bismarcks, die Europa zum Schicksal wurde. Mein unvergeßlicher Freund, der Dichter Erich Mühsam, der von den Nazis im Lager Oranienburg ermordet wurde, hat für diese eigenartige Tendenz das Wort "Bismarxismus" geprägt, die beste und treffendste Bezeichnung, die man dafür finden konnte.

...

Darf man sich bei einer solchen Einstellung noch wundern, wenn die deutsche Revolution von 1918 so schmachlich versagte, und wenn der "Vorwärts" seinen geduldigen Lesern noch am Vorabend des 9. November zu Herzen führte, daß das deutsche Volk für die Republik noch nicht reif sei? Niemand macht der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie nicht versucht hat, nachdem ihr nach dem Kriege die politische Macht, die sie so lang erstrebt hatte, wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen war, eine sozialistische Gesellschaft in Deutschland einzuführen. Dazu war das deutsche Volk, nach der ganzen Erziehung, die es genossen hatte, wirklich nicht fähig. Eines aber hatte die erste rein sozialistische Regierung nach dem Kriege ja in ihrer Hand: sie konnte die unselige Macht des preußischen Junkertums in Deutschland brechen, indem sie Hand an den großen Grundbesitz legte, auf dem die politische Macht der Junker beruhte. Die bürgerlichen Revolutionäre der großen französischen Revolution, die von keinen sozialistischen Ideengängen geleitet wurden, hatten gut verstanden, daß sie Frankreich von der politischen Vorherrschaft der Aristokratie und der Geistlichkeit nur befreien konnten, wenn sie die adligen Grundbesitzer enteigneten und ihnen damit die eigentliche Macht ihres politischen Einflusses entzogen. Allein die deutschen Sozialisten dachten nicht an eine solche Maßnahme, durch die man allein die kleinen Bauern an die Republik fesseln konnte, die später ihre ärgsten Feinde wurden. Das Ergebnis war, daß später zwei preußische Junker, der Sohn Hindenburgs und Franz von Papen, Hitler die Macht in die Hände spielten. Man dachte sogar nicht daran, das Vermögen der deutschen Fürsten anzutasten. Während die halbverhungerten Massen immer tiefer im Elend versanken, zahlte die republikanische Regierung den gewesenen Fürsten fabelhafte Summen als "Entschädigungen" und diensteifrige Gerichte sorgten dafür, daß jenen Parasiten kein Pfennig verloren ging. Die Hohenzollern allein beanspruchten eine Entschädigung von zweihundert Millionen Goldmark. Die Ansprüche sämtlicher deutschen Fürsten übertrafen die Dawes-Anleihe um das Vierfache. Wären die Führer der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Vermögen und den Vorrechten der Junker und Fürsten nur halb so gründlich umgesprungen wie die Nazis, als sie den Arbeitern ihre Kassen und ihr sonstiges Eigentum stahlen, das nach Millionen zählte, so wäre Deutschland die Schmach des Dritten Reiches und der Welt die blutigste Katastrophe aller Zeiten erspart geblieben. Die Kommunistische Partei Deutschlands aber lebte nur von den Fehlern und Unterlassungssünden der Sozialdemokratie, ohne selbst einen schöpferischen Gedanken zu entwickeln. Sie war nie etwas anderes als das willenlose Organ der russischen Außenpolitik und fügte sich ohne Wimperzucken jedem Diktat von Moskau. In diesem Sinne entfachte sie den Glauben an die Unvermeidlichkeit der Diktatur unter jenem Teil der sozialistischen Arbeiterschaft, der bereits jedes Vertrauen zu der Sozialdemokratie verloren hatte. Sie entwickelte besonders unter der Jugend einen beispiellosen Fanatismus, der sie für jede vernünftige Beurteilung der Lage blind und taub machte. Ihr geräuschvoller Protest gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung trugen von Anfang an den Stempel der Unaufrichtigkeit und Heuchelei auf sich, denn man kann sich nicht mit ehrlichem Herzen für die Verteidigung der Freiheit einsetzen, wenn man selbst die Diktatur, das heißt die Aufhebung jeglicher Freiheit, erstrebt. Jedes Ziel verkörpert sich in seinen Mitteln. Der Despotismus der Methode entspringt stets dem Despotismus des Gedankens. Die Diktatur, welche die deutschen Kommunisten seit Jahren erstrebten, kam denn auch, aber sie kam von der anderen Seite und brachte sie selbst mit unter die Räder.

Es ist kein Zweifel für jeden ehrlichen Beobachter der heutigen Lage und der Ursachen, die sie herbeigeführt haben, daß das Jonglieren mit absolutistischen Begriffen im sozialistischen Lager nicht bloß die Widerstandskraft der sozialistischen Bewegung in vielen Ländern und besonders in Deutschland gebrochen, sondern auch der faschistischen Reaktion geistig Vorschub geleistet hat und noch leistet: Denn der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein! <<

7. Ein Brief von Proudhon an Marx verdeutlicht einen Mangel

Ich komme doch noch einmal auf Rocker zurück, weil der von ihm zitierte Brief von Proudhon an Marx nicht nur ein Mangel an Offenheit, Fairness bei Marx und in Folge bei vielen Marxisten offenbart, sondern auch bei der Mehrheit der heutigen Berufsökonominnen – so jedenfalls mein Eindruck. Dabei weiß ich wohl, dass es im ökonomischen Erkenntnisprozess viele Fallstricke gibt, die es schwer machen, sicher zu beurteilen, ob bei den Reaktionen oder Nichtreaktionen der Angesprochenen Ignoranz, Nichtverstehen oder Leugnung vorliegen.

> "Suchen wir gemeinschaftlich, wenn Sie wollen, die Gesetze der Gesellschaft zu ergründen, die Art ihrer Erscheinung festzuhalten und dem Wege zu folgen, den wir freilegen, indem wir uns dieser Arbeit unterziehen. Doch, bei Gott! denken wir unseinerseits nicht daran, das Volk von neuem zu schulmeistern, nachdem wir a priori allen Dogmatismus zerstört haben, fallen wir nicht in den Widerspruch Ihres Landmanns Martin Luther, der, nachdem er die Glaubenssätze der katholischen Theologie umgestoßen, sich mit verstärktem Eifer und großem Aufwand von Bannflüchen und Verdammungsurteilen daran machte, eine protestantische Theologie ins Leben zu rufen. Seit drei Jahrhunderten ist Deutschland damit beschäftigt, diese Neuübertünchung des alten Baues durch Herrn Luther zu beseitigen. Stellen wir die Menschheit nicht durch neuen Wirrwarr und eine Verputzung der alten Grundlagen vor eine neue Aufgabe. Ich begrüße von ganzem Herzen Ihren Gedanken, alle Meinungen eines Tages zum Ausdruck zu bringen. Befleißigen wir uns dabei einer freundschaftlichen und ehrlichen Auseinandersetzung-, geben wir der Welt das Beispiel einer weisen und vorausblickende" Toleranz -, versuchen wir nicht, weil wir an der Spitze der Bewegung stehen, uns zu Führern einer neuen Unduldsamkeit zu machen. Geben wir uns nicht als Apostel einer neuen Religion, auch dann nicht, und wenn es die Religion der Logik und Vernunft wäre. Empfängt" (Empfangen ? TA) und ermuntern wir jeden Protest-, geißeln wir jede Ausschließlichkeit, jeden Mystizismus. Betrachten wir niemals eine Frage für erschöpft, und wenn wir unseren letzten Beweisgrund verbraucht haben, laßt uns, wenn es nötig ist, mit Beredsamkeit und Ironie von neuem beginnen. Unter dieser Bedingung werde ich mich Ihrer Vereinigung mit Vergnügen anschließen. Wenn nicht, nicht." <

Rudolf Rocker kommentiert den Brief von Proudhon u.a. wie folgt:

> Dieses Schreiben vom 17. Mai 1846 ist in zweifacher Beziehung wichtig. Es ist bezeichnend für die offene und freimütige Art Proudhons und seine tiefe Abneigung gegen jeden Dogmatismus und alles Sektenwesen und es ist bedeutungsvoll, weil es die unmittelbare Ursache für den inneren Bruch zwischen Marx und Proudhon gewesen ist. Proudhon war ein einsamer Denker, der nicht bloß von seinen demokratischen und sozialistischen Gegnern, sondern auch häufig von seinen späteren Anhängern mißverstanden wurde, die bestimmte praktische Vorschläge Proudhons, die aus den Verhältnissen der Zeit geboren wurden, mit seinem eigentlichen Lebenswerk verwechselten. <

8. Wagenknecht - Erhard / kreativer oder liberaler Sozialismus

Im Handelsblatt-Artikel wird ausführlich auf die Person von Sahra Wagenknecht eingegangen. Ich kann zu ihr nicht viel sagen, ich kenne sie nur medienvermittelt und habe auch noch nicht viel von ihr gelesen. Mein Eindruck von ihr war aber immer positiv, auch als sie noch als die Kommunistin schlechthin galt. Als ich aber ein E-Mail erhielt, in dem sie als Verräterin hingesellt wurde, weil sie im Handelsblatt zu Wort kam und sich auf Erhard und auf die Ordoliberalen berief, habe ich geantwortet, dass das Unsinn sei, denn wenn es ihr um die Übwindung der Ausbeutung der Arbeit ginge, sei es richtig, sich mit den Vätern der Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu befassen. Sahra Wagenknecht ist ihrem Anliegen offensichtlich treuer als die meisten Linken, die sich selbst in einem ideologischen Käfig eingeschlossen haben.

Zu dem Menschen Ludwig Erhard, den ich nur einmal in Natura erlebt habe, habe ich auch lange eine distanzierte Einstellung gehabt. Wenn ich mich richtig zurück erinnere, waren für meine ablehnende Haltung seine Maßhalteappelle die Ursache. Ich sah, dass die Notenbankpolitik als Ursache für die Geldentwertung ignoriert wurde und stuft die Maßhalteappelle eine mit Moralin geprägte Information ein, die nicht zum System der Marktwirtschaft passte. Ich dachte mir, dass für die Marktwirtschaft (Es ist ein System, das darauf angelegt ist, dass die Teilnehmer unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Strategie – die nicht auf ethische Normen verzichten kann – so viel für sich herauszuholen, wie möglich ist.) diese Appelle unsinnig sind und daher wirkungslos bleiben müssen.

Als er 1972 zusammen mit Karl Schiller eine Anzeigenkampagne unter den Schlagzeilen „Wir zur Sache“ und „Unsere Marktwirtschaft - Wohlstand für alle“: startete, und dort u.a. zu lesen war:

> Wir waren nicht immer der selben Meinung
Da gab es Zeiten mit Differenzen und es gab Zeiten mit Differenzierungen.
Doch heute stimmen wir in den entscheidenden Grundfragen der
Wirtschaftspolitik überein. Jetzt geht es nämlich um das Grundsätzliche.
Es geht um die Marktwirtschaft. Da kann es nichts Trennendes geben.
Unabhängig und über Parteigrenzen hinweg erklären wir: Wir sind beide in
Sorge um die Marktwirtschaft, in Sorge um eine festgefügte Ordnung,
ohne die eine fortschrittliche Gesellschaft nicht denkbar ist. Eine Ordnung für
ein Leben in Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit.
Diese Ordnung muß erhalten und ausgebaut werden. Gegen die Zweifler,

gegen die Kleinmütigen. Und gegen die falschen Propheten.
Wir sind für Marktwirtschaft. Dafür treten wir ein. Hier und heute. Und morgen.
Für Freiheit und Stabilität
Prof. Dr. Ludwig Erhard Prof. Dr. Karl Schiller
Bonn, den 9. Oktober 1972
Bitte schreiben Sie uns: 53 Bonn 12, Postfach 120153 <

da habe ich u.a. am 16. 10. 72 geantwortet:

> Sehr geehrte Herren,
das Gemeinsame zwischen Ihnen als Professoren und professionellen Politikern und mir, dem mit Bildung angehauchten Arbeiter und unbekanntem Parteimitglied, ist, daß wir uns als Marktwirtschaftler verstehen. Der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und mir wird aber sein, daß ich die Marktwirtschaft als ein nur in Ansätzen realisiertes revolutionäres Programm verstehe, dessen Energie unter evolutionärer Kontrolle gehalten werden kann, und Sie wohl meinen, mit etwas Tünche das Vorhandene und Erreichte verbessern zu können.
Da ich annehme, daß Sie nicht Ihr eigenes Geld in der Anzeigenserie verpulvern, sondern finanziell von den Arbeitgeberverbänden gefüttert werden, frage ich mich, was wollen Sie eigentlich bezwecken? Wenn es nur die Gefahr ist, die SPD könne Ihre marktwirtschaftliche Orientierung verlieren, so ist Ihr Blick getrübt; denn mit der CDU und der FDP steht es nicht besser. Sie Herr Prof. Erhard müßten dann auch aus der CDU und ich aus der FDP austreten. ... <

Als Grußformel habe ich nicht mit *Mit freundlichen*, sondern mit *Mit zornigen Grüßen* benutzt. Die Fortführung der Anzeigentexte und meines Schreibens sind zu lesen unter:

Offener Brief vom 1. Mai 2001 An die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 4
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf>

Die Übersicht über diese Texte der ganzen Aktion ist zu finden unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.0%20Inhaltsuebersicht%20OB%20Lt%20II.pdf>

Die Kombination der Begriffes Sozialismus mit dem der Zentralverwaltungswirtschaft ist, das haben wir auch von Rudolf Rocker erfahren, eine geistige Verirrung. Die freiwirtschaftlichen Gruppen haben das schon immer in ihren Gruppennamen wie folgt ausgedrückt:
liberal-sozial, frei-sozial, frei-sozialistisch.

Mir liegt ein Ausriss aus der > **evolution** Nr 15, 7. Jahrgang Dezember 1977 / Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft / Organ der Liberalsozialistischen Partei und der Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz < vor. Darin heißt es:

> Gibt es einen liberalen Sozialismus ?

WSZ. Franz Oppenheimer definierte den Sozialismus folgendermassen:

« *Sozialismus ist der Glaube an und das Streben nach einer von allem arbeitslosen Einkommen erlösten, darum klassenlosen und darum brüderlich geeinten Gesellschaft von Freien und Gleichen* »

Gleichheit verstanden im Sinne von Gleichberechtigung.

Das Schweizer Lexikon definiert den Liberalismus folgendermassen:

« *Er wird von der Ueberzeugung getragen, dass die freie Konkurrenz die beste Gewähr für gerechte Ordnung in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft, für die höchstmögliche Entwicklung der Produktionskräfte und für die Bändigung des Eigennutzes im Interesse der Gesamtheit biete.*»

Vergleicht man die beiden Definitionen, so erkennt man unschwer, dass sie beide das gleiche Ziel im Auge haben: eine gerechte Ordnung, insbesondere auch eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages. Sobald wir den Begriffen klare Definition zugrunde legen, ergibt sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Zielvorstellungen. Es zeigt sich, dass man beiden Definitionen gleichzeitig zustimmen kann, dass man Liberaler und Sozialist sein kann. Richtig verstandener Sozialismus und richtig verstandener Liberalismus sind miteinander identisch.

Wer von uns kann der Definition des grossen Nationalökonomen Oppenheimer zustimmen? Indem wir das tun, sind wir Sozialisten. Genau gleich ist es mit dem Liberalismus. Indem wir der oben erwähnten Definition zustimmen, sind wir Liberale. Wir sind Liberalsozialisten. Aber warum liegen sich denn Sozialisten und Liberale immer wieder in den Haaren? Die Antwort ist sehr einfach: weil sie den Sozialismus mit dem Marxismus verwechseln und den Liberalismus mit dem Kapitalismus. Was der Marxismus erstrebt, ist nicht Sozialismus, sondern ein - wie die Praxis lehrt - falscher Weg zum Sozialismus. Ebenso führt der heute betriebene Liberalismus nicht zum echten Liberalismus, sondern zum Kapitalismus.

« Sozialismus und Liberalismus sind eben nicht Feuer und Wasser, sondern in ihrem ursprünglichen Bemühen um den Menschen durchaus vereinbar », schrieb der Generalsekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Karl Hermann Flach (Zitiert nach Jürg Tobler, «Freisinn ohne Gemeinsinn?»). *

Die Frage, ob es einen liberalen Sozialismus gebe, ist also rückhaltlos zu bejahen.

Ja, wir dürfen feststellen, dass es dieser liberale Sozialismus ist, der die Welt vor dem Untergang im marxistisch-kapitalistischen Durcheinander retten kann. Wer sich zum Liberalsozialismus bekennt, bekennt sich zu einer Gesellschaftsordnung der Freiheit und Gerechtigkeit.

*Anmerkung von TA: Karl-Hermann Flach war Generalsekretär der FDP in der BRD. Sie auch: *Noch eine Chance für die Liberalen*, von Karl-Hermann Flach, 1971 / 1976, Auszüge als Text 80.1.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/80.1%20K-H-Flach%20Noch%20eine%20Chance.pdf>

Der Beitrag aus der Schweiz ist mit WSZ gezeichnet. Ich vermute mal, das es sich um Wer-

ner Zimmermann handelt.²⁷ Von ihm liegt mir der Titel *Sozialismus in Freiheit* vor. Das kleine Buch ist 1946 im Rudolf Zitzmann Verlag erschienen. Bei der Suche im Regal kam mir eine Schrift von Karl Walker²⁸ mit dem nachfolgenden Titel in die Hände:

*DIE ÜBERWINDUNG DES KAPITALISMUS UNTER BEIBEHALTUNG
DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WETTBEWERBS, 1954*

(Und im Nachhinein habe ich noch folgende Schrift auf meinem Internetportal entdeckt:
Text 56.22 : Hans Hoffmann, Untergang oder Wiedergeburt des Liberalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, 1961)

Es sind in den Jahrzehnten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Themen liberaler Sozialismus oder Marktwirtschaft ohne Kapitalismus viele Arbeiten erschienen. In meinem Text > „Eingreifen statt wegducken: Gauck will neue Außenpolitik“, Text 119 sind auch neue Titel benannt. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/119.OffenerBriefBundespraesident.Febr.2014.pdf> Zugegeben, die zahlreichen freiwirtschaftlichen Veröffentlichungen ergeben im Verhältnis zu den Gesamterscheinungen im Sektor Sozialwissenschaften einschließlich Ökonomie einen kleinen Anteil. Aber wenn wir wirklich eine freie Wissenschaft hätten, wäre dieser Teil nicht Übersehen worden. Der Verdacht liegt nahe, dass das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Politik ähnlich gelagert, ist wie es in der DDR war. Nur ist das Abhängigkeitsverhältnis der Wirtschaftswissenschaften nach innen und außen wohl feingliedriger und anders geprägt. Jedenfalls finde ich keine andere Erklärung für das dem Gemeinwohl schädigende Verhalten der Wirtschaftswissenschaft.

Zurück zu Ludwig Erhard: Mir ist jedenfalls nach meiner Empörung über Erhard im Jahr 1972 klar geworden, dass er der Freiwirtschaftsschule viel näher stand als ich vermuten konnte. Die Frage, auf die ich keine Antwort habe, lautet aber: War er nicht weit genug in die Theorie eingedrungen oder konnte er seinen politischen Handlungsrahmen als Wirtschaftsminister und Kanzler nicht so weit ausdehnen, um sachgerecht agieren und handeln zu können? In einem Beitrag *SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT / Die Flucht nach vorn* in dem Magazin DER SPIEGEL, Jg. 7, Nr. 37 vom 9. September 1953, S. 11-17. ist zu lesen:

> ... Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dank-

27 Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Zimmermann
und: http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/bartsch/geschichte/1_II_29.htm

28 http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

bares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettssitzungen, Erhard nicht. ...<

Vorher ist schon zu lesen:

> Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.“ <

Die ganze Titelgeschichte aus dem SPIEGEL ist zu lesen unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/42.1%20Fragen%20Antworten%20Anhang%20Erhard%201953.pdf>

oder wie ich im Nachhinein entdeckte: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25657504.html>

Ich habe zwei Berichte – man könnte auch sagen Protokolle – über die Bundestagungen des damals bestehenden Freiwirtschaftsbundes von 1951 und 1952 vorliegen. Der Titel des ersten Berichtes – vermutlich auch das Motto der Tagung – lautet: „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“. Die Referenten waren Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach. Die Themen (in gleicher Reihenfolge) waren: „Persönliche Freiheit und Sozialordnung“, „Wirtschaft und Staatsform“, „Freiheitliche Außenpolitik“, „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft“.

Der Titel des zweiten Bandes, der Tagung von 1952 lautet: „Das Programm der Freiheit“. Nachfolgend die Referenten und ihre Themen: „Begrüßung“, Paul Diehl; „Grundriß einer sozialen Marktwirtschaft“, Ernst Winkler; „Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung“, Franz Böhm; „Marktwirtschaft und Mitbestimmungsrecht“, Fritz Hellwig; „Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform“, Otto Lautenbach; „Überwindung der

Wohnungszwangswirtschaft“, Wolfgang Frickhöffer; „Organische Steuerreform“, Georg Strickrodt; „Erste Diskussion“; „Die politische Verwirklichung“, Otto Lautenbach; „Zweite Diskussion“; „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“; „Schlußwort“, Otto Lautenbach.

Die Tagungen haben ein großes Presse-Echo hervorgerufen. Und aus diesen Tagungen ist die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft hervorgegangen. Aus dem Schlusswort der Tagung von 1952 von Otto Lautenbach geht hervor:

> Wir sind zu dem Entschluß gekommen, möglichst schon im Januar 1953, eine *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* zu gründen. < S. 179

Aus den Protokollen geht aber auch hervor, dass die Idee Soziale Marktwirtschaft schon in den ersten Jahren mit Fehlern bei der Umsetzung behaftet war. Zu lesen ist aber auch dass Ludwig Erhard die erarbeiteten Thesen von 1952 mittels Telegramm begrüßt hat. Aus meiner Sicht ist die konstruktive Zusammenarbeit von Ordoliberalen und Freiwirtschaftlern – durch den Tod von Akteuren auf beiden Seiten, wie es heißt – zu früh gescheitert, so dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft gar nicht ausformuliert wurde und in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nur dazu diente, den Kapitalismus zu verschleiern. Die Freiwirtschaftler sind aus ihrer eigenen Gründung heraus gedrängt worden, was dann wohl zur Gründung des *Seminars für freiheitliche Ordnung* geführt hat. (www.sffo.de)

In der Schrift > Freiheit? / Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine Gerechte Sozialordnung <, 1980, berichtet der Akteur Dr. Ernst Winkler in seinen > Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ < über diese Zeit und Vorkommnisse. Die Arbeit ist neu aufgelegt worden als Heft 273/4 der Zeitschrift *Fragen der Freiheit* mit dem Haupttitel *Ordoliberalismus und Freiwirtschaft*. Ich werde im nächsten Abschnitt mit Auszügen aus den drei genannten Quellen Beweise für das Gesagte erbringen.

9. Zur Geschichte und Thesen der Idee der Sozialen Marktwirtschaft

A) Auszüge aus : *Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft*, 1951
Thesen und Pressestimmen: FAZ, HB und Volkswirt

=====

Ich habe die Auszüge so ausgewählt, damit auch in den Auszügen deutlich wird:

- a) Wie wurde die Situation eingeschätzt?
- b) Warum die Kooperation der Freiwirtschaftler mit den Ordoliberalen?
- c) Welche Ergebnisse gab es?
- d) Wie urteilte die Presse. Hier habe ich die FAZ ausgewählt, weil sie im aktuellen Handelsblatt-Artikel benannt wird, das Handelsblatt, weil sie ja aktueller Anlass dieses Rückblickes ist und den Volkswirt, weil ich vermute, dass sich dieses Organ als Sprachrohr der Wissenschaft verstand.

Aus der *Begrüßung* von Otto Lautenbach

> ... Mit großer Sorge haben wir die Entwicklung dessen betrachtet, was als soziale Marktwirtschaft von der Bundesregierung plakatiert worden ist. Und wir waren bereits veranlaßt, am vergangenen Bundestag darüber nachzudenken, was getan werden könnte, um bis zum Abschluß der gegenwärtigen Regierungsperiode eine echte soziale Marktwirtschaft tatsächlich durchzusetzen. Aus diesen Gedanken ist das Thema unseres heutigen Bundestages entstanden; nämlich ein geschlossenes Programm vorzulegen, das eine soziale Marktwirtschaft als Ganzes verwirklicht und nicht etwa einen Katalog von Einzelmaßnahmen, wodurch unseres Erachtens niemals eine soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden kann. Das ist der Zweck dieses Bundestages. Die Vorträge werden im einzelnen sagen, was wir wollen. ... < S.8

Aus: *Persönliche Freiheit und Sozialordnung* von Ernst Winkler

> ... Vor der politischen Entscheidung, in die das deutsche Volk gestellt ist, steht die soziale Frage. Nicht nur Deutschlands Schicksal, sondern auf weite Sicht das Schicksal unserer Welt hängt ab von der Frage: Ist das soziale Problem lösbar im Rahmen des westlichen Liberalismus? Kann eine haltbare Sozialordnung geschaffen werden unter Wahrung der persönlichen Freiheit? ...< S. 9

Aus: *WIRTSCHAFTSORDNUNG UND STAATSFORM* von Alexander Rüstow

> Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß, so sehr ich im Grundsätzlichen mit dem, was der Herr Vorredner vertreten hat, übereinstimme - andernfalls würde ich ja nicht hier stehen, - ich mich nicht mit allen von ihm angedeuteten Einzelheiten Ihres Programms identifizieren kann; aber um so höher ist es Ihrem Bund anzurechnen, und um so mehr entspricht es liberalen Grundsätzen, daß man über solchen

Meinungsverschiedenheiten im einzelnen das große gemeinsame Ziel der Freiheit auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet nicht aus den Augen verliert, und daß man nicht, wie das ja leider bei uns Deutschen immer die Gefahr ist, über den Differenzen im Einzelnen die verbindende Einigkeit im Ganzen vergißt. < S. 19

Aus: *Freiheitliche Aussenpolitik* von Werner Schmid

Wir müssen uns darüber klar sein, daß nur und allein die Freiheit uns helfen kann. Im Prinzip sind wir uns ja wohl darüber einig, das Prinzip ist klar, aber wir müssen uns auch darüber klar sein, daß die Verwirklichung dieses Prinzips heute nur schrittweise möglich ist. Die Liberalisierung des Welthandels muß schrittweise erfolgen. Wir sind uns darüber klar, daß wir nicht von einem Tag auf den andern all die Krücken weglegen können, sondern daß wir nach und nach diese Dinge abbauen müssen. Die Staaten sind noch zu sehr im Nationalismus und im Dirigismus befangen. Und zudem müssen wir das eine nicht vergessen: die bürokratische Macht, die heute regiert, hat immer die Tendenz, sich nicht nur zu erhalten, sondern auch auszudehnen.

Dazu kommt eine weitere Schwierigkeit, eine ausgesprochen politische Schwierigkeit: der Westen ist heute bedroht durch den Totalitarismus. Dieser Totalitarismus des Ostens erscheint leider vielen Westlern als Erlösung vom Kapitalismus, obschon er ein Kind des Kapitalismus ist. Es ist ein großer historischer Irrtum des Marxismus, diesen Irrglauben erzeugt zu haben. ... < S. 43

Aus *Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft* von Otto Lautenbach

> ... Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programms angelangt: bei der Steuerpolitik. Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden. Wir müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größerem Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmer und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende Verfälschung der Marktwirtschaft gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral. ...< S. 51

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

Wahre Demokratie mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft). Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht mit Einzelmaßnahmen erreicht

werden, die zumeist unter den wechselnden und sich täglich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stehen. Auf diese Weise kann eine grundsätzliche, über den Tag hinaus gültige Ordnung nicht errichtet werden.

Wir fordern deshalb ein Grundgesetz der Wirtschaft, das von den gesetzgebenden Körperschaften als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft zu erlassen ist:

I.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, unbehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen.

Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage errichtet, die staatlichen Organe enthalten sich jeden Eingriffs in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währungsverwaltung ist verpflichtet, die Währung der Bundesrepublik so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben. - Das Bundesbankgesetz regelt die Einzelheiten.

2. Der freie und unbehinderte Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole (Bodenmonopol) sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden. - Das Antimonopolgesetz regelt die Einzelheiten.

3. Die Bundesrepublik deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Formen der Einkommen. Die Länder, Kreise und Gemeinden decken ihren Finanzbedarf durch Zuschläge zu diesen Bundessteuern.

Bund, Länder und Gemeinden sind mit Zustimmung der Parlamente berechtigt, auf dem freien Kapitalmarkt für besondere Zwecke Anleihen aufzulegen. - Die Große Steuerreform regelt die Einzelheiten.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung und der freien Preisbildung. Die Freiheit der Märkte ist durch Gesetz zu sichern.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Sie erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenzwangswirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung der Kaufkraftparität zu überlassen.

II.

Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von drei Jahren, gerechnet von der Verkündung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen.
2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Diese Magna. Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben. <

S. 77/ 78

PRESSESTIMMEN

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland Nr. 264, 12. Nov. 1951

Eine „Magna Charta der Marktwirtschaft“

Der Freiwirtschaftsbund hat auf seinem Bundestag in Heidelberg eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ bekanntgegeben, die von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes erlassen und von der Bundesregierung innerhalb von drei Jahren durch Gesetze verwirklicht werden soll. Der Freiwirtschaftsbund wurde nach dem Kriege in Stuttgart neu gegründet und vertritt die Ideen von Silvio Gesell und wünscht eine „echte soziale“ Marktwirtschaft. In der Charta wird unter anderem gefordert, daß die staatlichen Organe sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung soll ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Einkommen decken. Die Märkte für sämtliche Waren und Dienstleistungen einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen. Es sollen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben werden, abgesehen von dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung soll keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen erlassen, keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenwirtschaft ist aufzuheben und der Wechselkurs der Währung ist der Kaufkraftparität zu überlassen.

Die Notwendigkeit eines solchen umfassenden Gesetzes wurde damit begründet, daß bei der engen Verflechtung zwischen Staats- und Wirtschaftsform den in der Verfassung niedergelegten Menschenrechten ein realer Inhalt gegeben werden müsse. Weiter seien die Gegner der sozialen Marktwirtschaft heute schon dazu übergegangen, sie für Mißstände auf Gebieten verantwortlich zu machen, auf denen sie noch gar nicht eingeführt sei. Durch die punktuelle Arbeitsweise der Bonner Regierung und die Beschränkung auf Einzelmaßnahmen, die zumeist unter den wechselnden

politischen und wirtschaftlichen Machtkonstellationen zustande kämen, könne eine grundsätzliche und über den Tag dauernde gültige Ordnung nicht erreicht werden. Die beispiellosen Erfolge, die mit der sozialen Marktwirtschaft erzielt worden seien, seien der Beweis dafür, daß sie imstande sei, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich zu ermöglichen und den von Westdeutschland verlangten Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Mit den Parteien des Bundestages und den Bundestagsabgeordneten, soweit sie sich zum Gedanken der Marktwirtschaft bekennen, sollen Besprechungen aufgenommen werden, um eine entsprechende Gesetzesvorlage in das Parlament einzubringen. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung hatten das Vorstandsmitglied Dr. Ernst Winkler (München), Gastreferent Professor Rüstow (Heidelberg) und Nationalrat Schmid (Zürich) in ihren Referaten ein geschlossenes Bild einer marktwirtschaftlichen Konzeption vorgetragen.

Handelsblatt, Düsseldorf, 21. November 1951

Freiwirtschaftsbund fordert freie Märkte auf allen Gebieten

Der Freiwirtschaftsbund, eine Vereinigung, die den Gedankengängen des Schweizer Nationalökonomen Silvio Gesell folgt, veranstaltete in diesen Tagen in Heidelberg den „Bundestag 1951“. Der Freiwirtschaftsbund bestand bereits vor 1933; er wurde durch die Nationalsozialisten verboten und 1945 neu gegründet. Zu den wesentlichsten Zielen Silvio Gesells gehört die Indexwährung, also eine Währung mit stabiler Kaufkraft, ferner eine Zurückdrängung des Staatseinflusses aus allen Bereichen der Wirtschaft mit Ausnahme der Verteilung des Bodens. In einigen Punkten berührt sich die Lehre Gesells mit den Forderungen des klassischen wirtschaftlichen Liberalismus.

Der Freiwirtschaftsbund hat das ursprüngliche Programm heute teilweise etwas korrigiert und den Zeitverhältnissen angepaßt. Das erklärte Ziel ist heute, die „soziale Marktwirtschaft“ in unverfälschter Form durchzusetzen. Darunter versteht der Freiwirtschaftsbund offenbar den Verzicht auf staatliche Intervention, auch in Bereichen, in denen sie heute selbstverständlich erscheint. Das kam in den in Heidelberg gehaltenen Reden zum Ausdruck, vor allem auch in der von dem Freiwirtschaftsbund veröffentlichten „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“. Weniger deutlich wurde, wie gerade der soziale Charakter der Marktwirtschaft auf diese Weise durchgesetzt werden soll. (Es sprachen u. a. Otto Lautenbach, der Vorsitzende des Bundes, Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg, Nationalrat Werner Schmid, Zürich, und Dr. Ernst Winkler, München.)

In der „Magna Charta“ heißt es u. a., die staatlichen Organe sollten sich jedes Eingriffes in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse enthalten. Die Bundesregierung solle ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die Einkommen decken. Sämtliche Märkte sollen frei sein und der freien Preisbildung unterstehen, einschließlich der Grundstoffe und der Wohnungswirtschaft. Weder die Kapitalverwendung noch die Zinssätze soll-

ten vorgeschrieben werden außer dem Diskontsatz der Notenbank. Die Bundesregierung solle keine Zölle erheben und keine Subventionen zahlen. Die Devisenbewirtschaftung solle aufgehoben werden.

Die Konsequenz, mit der hier ein Programm des wirtschaftlichen Liberalismus verkündet wird, ist bemerkenswert. Es wird immer überzeugte Anhänger der liberalen Theorie geben, die der Meinung sind, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämen gerade daher, daß die Forderungen des Liberalismus nicht konsequent genug verwirklicht würden. Zweifellos spricht auch manches für diese Auffassung. Mit Sicherheit läßt sich aber voraussagen, daß dafür heute weder in der Regierung und dem Parlament, noch in der Bevölkerung eine Mehrheit zu finden sein würde. Die praktische Politik wird daher nach wie vor auf möglichst günstige Kompromißlösungen bedacht sein müssen.

Der Volkswirt
Wirtschafts- und Finanzzeitung,
Frankfurt, Nr. 46, 17. November 1951

Aufruf zur sozialen Marktwirtschaft

Wer die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung betrachtet und sich daran erinnert, daß die Regierungsparteien den Wahlkampf unter der Parole der „sozialen Marktwirtschaft“ geführt haben, könnte fast zweifeln angesichts der Fülle der erhalten gebliebenen und neu errichteten zwangswirtschaftlichen Regelungen. Besonders in letzter Zeit, in der die Wirtschaftsgesetzgebung zunehmend unter den Einfluß von Interessenverbänden geraten ist und die Praxis zweifelhafter parteipolitischer Kompromisse in Wirtschaftsfragen die Regel geworden zu sein scheint, vor allem aber seit der Kanzler selbst durch seine ständigen Teilzugeständnisse mal an die eine, mal an die andere Seite, wichtige wirtschaftliche Entscheidungen vorwegnimmt, ist von einer einheitlichen politischen Grundlinie in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft kaum mehr etwas zu spüren. In dieser Situation war es durchaus angebracht, daß der Freiwirtschaftsbund seine diesjährige Tagung in Heidelberg unter das Motto „Mut zur sozialen Marktwirtschaft“ stellte. Gerade in jüngster Zeit scheint man allmählich zu vergessen, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge seit 1948 entscheidend von dem mutigen Übergang der Erhardschen Wirtschaftspolitik zur freien Marktwirtschaft abhingen und daß die wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Versorgungsengpässe und das Dilemma des Kapitalmarktes, gerade durch Beibehaltung von Preisbindungen und Marktregelungen entstehen konnten. Es gibt kaum etwas Gefährlicheres als jener, im Kabinett und bei manchen Parteien weit verbreitete Defaitismus gegenüber der Marktwirtschaft, der diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch neue Staatseingriffe Herr werden zu können glaubt. Prof. Dr. Rüstow hat in einem der interessantesten Referate der Tagung die verhängnisvollen Konsequenzen dieses Irrglaubens gezeigt, man könnte auf die Dauer in einer vorwiegend marktwirtschaftlichen Ordnung zwangswirtschaftliche Teilbereiche ohne Schaden aufrecht erhalten. Es gilt, der geschilderten Tendenz, die „Unordnung“ an den Grenzbereichen zwischen freiem Markt und reglementiertem Sektor durch Einbeziehung immer weiterer Bereiche zu beseitigen, durch eine mutige und entschiedene Wendung

der Wirtschaftspolitik entgegenzutreten, indem Raum für die Entwicklung einer echten sozialen Marktwirtschaft geschaffen wird. Dazu ist es aber erforderlich, daß man das Attribut „sozial“ nicht nur als schönes, aufgepapptes Etikett versteht, sondern bereit ist, für die soziale Idee Opfer zu bringen, um damit im wohlverstandenen eigenen Interesse die wirtschaftliche und persönliche Freiheit gegenüber dem Ansturm der sozialistischen und totalitären Mächte auf die Dauer erhalten zu können. Es ist ferner nötig, daß an die Stelle der Machtkämpfe zwischen monopolistischen Interessenverbänden, seien es nun staatliche oder private Wirtschaftskartelle, Einheitsgewerkschaften oder ähnliches, der ungehinderte Leistungswettbewerb als stärkster Wirtschaftsmotor tritt, also eine Monopolbekämpfung die „Startgleichheit“ für jeden herstellt. Der Freiwirtschaftsbund hat in diesem Kampf nun erneut die Initiative ergriffen und eine „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ vorgelegt, die als Grundgesetz der Wirtschaft von den gesetzgebenden Körperschaften erlassen werden soll und die freie Wettbewerbsordnung für die Bundesrepublik gesetzlich verankert. Die Bundesregierung soll damit ermächtigt und verpflichtet werden, die Wirtschafts- und Rechtsordnung dementsprechend zu modifizieren. Wenn es auch sehr fraglich erscheint, ob die Befreiung von allen staatlichen Eingriffen für die im einzelnen aufgeführten verschiedenen Wirtschaftsbereiche, die den bekannten Forderungen des Freiwirtschaftsbundes entsprechen, alle verwirklicht werden können oder überhaupt zweckmäßig sind, so sollte diese Initiative doch ein ernster Aufruf an die Verantwortlichen sein, sich auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zu besinnen. Man mag zur Freiwirtschaftslehre im einzelnen stehen wie man will, ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur Wirtschaftsfreiheit verdient die Unterstützung aller freiheitlich gesinnten, auf dem Boden der Privatwirtschaft stehenden Menschen.

B) Auszüge aus: *Das Programm der Freiheit*, 1952 und *Freiheit?* 1980

Ich übernehme aus dem Protokoll von 1952 nur einen Abschnitt. Die Thesen, die hier vorgestellt werden, sind gegenüber dem Jahr 1951 leicht geändert worden. Sie stimmen vermutlich mit denen überein, die dann von der neuen Organisation nämlich der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* übernommen wurden. Diese Thesen übernehme ich aus der Schrift von Ernst Winkler, weil er sie dort in seinen Erläuterungen eingebaut hat. Der gewählte Auszug aus dem Text von 1952 zeigt, dass schon damals das Ringen um die Soziale Marktwirtschaft verloren war. Die inhaltliche Klärung des Programms ist bald zum Erliegen gekommen und von einer Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne eines Programms von politischen Parteien CDU/CSU und FDP kann gar keine Rede sein. Die SPD hatte noch mehr Schwierigkeiten sich damit anzufreunden. Zu kurz kommt vielleicht, was denn die Freiwirtschaftler unter der Beifügung „sozial“ in dem Begriffspaar *Soziale Marktwirtschaft* verstanden und verstehen. Im Grunde ist der Doppelbegriff ein weißer Schimmel, eine Tautologie, weil davon ausgegangen wird, dass die Marktwirtschaft, wenn sie richtig installiert

ist, den Kapitalismus abschüttelt und so das immanente Soziale ohne staatlich organisierten Zentralismus zum Tragen kommt. Das Soziale verliert hier den Charakter des Lazarettes im kapitalistischen Krieg, sondern setzt auf die Selbstorganisation in Gegenseitigkeit. Die Abhängigkeit und Unterwerfung der Bürger unter das, was Sozialpolitik genannt wird, wird aufgehoben. Bei der Auswahl der Auszüge aus der Schrift von Winkler war ich im ersten Durchgang viel zu großzügig, weil ich immer dachte, dieses und jenes müsste den Leserinnen und Lesern dieses Textes auch noch vermittelt werden. Besonders wichtig erschienen mir Winklers Hinweise auf die Rückgriffe auf Arbeiten aus der Vor-Nazizeit und auf Arbeiten während des Krieges für die Zeit danach. Da aber der ursprüngliche Sonderdruck der Fragen der Freiheit von 1980 als reguläre Ausgabe (Heft 273/4 – I-II/2006) eine Neuauflage gefunden hat, können Interessenten darauf zurückgreifen. Es gibt einen Literatur- und Broschürenversand beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, D 73087 Bad Boll. <http://www.sffo.de/sffo/sffobest.htm> Eine Übersicht der Ausgaben der *Fragen der Freiheit gibt es* unter:

http://www.sozialoekonomie.info/Fragen_der_Freiheit/fragen_der_freiheit.html

Eine digitalisierte Ausgabe habe ich im Netz nicht gefunden. Wohl aber einen anderen ebenfalls lesenswerten Text von Ernst Winkler:

Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems

http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-62_Auswahl.pdf

(Hier in der Zeitschriften-Fassung. Den Text gibt es auch als Broschüre. (23 Seiten)

Bei der Suche stieß ich dann auf eine weitere Fundstelle zum Thema:

Soziale Marktwirtschaft:

Von Beginn an mangelhafte Rahmenbedingungen

Von Josef Hüwe

http://www.humane-wirtschaft.de/02-2010/Huewe_Soziale-Marktwirtschaft.pdf

Noch einen Hinweis: In dem Heft 273/4 „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“ gibt es ein Nachwort von Fritz Andres, in dem deutlich wird, dass die Geschichte der ursprünglichen *Aktion Soziale Marktwirtschaft* die Vorgeschichte des *Seminars für freiheitliche Ordnung* ist.

>>>

Aus: **DIE POLITISCHE VERWIRKLICHUNG** von Otto Lautenbach

in: *Programm der Freiheit*, 1952

> ... Die Zeit drängt. Wir befinden uns heute schon im Zeitdruck, wenn wir daran denken wollen, das geschlossene Programm einer sozialen Marktwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg so in die breite Öffentlichkeit zu tragen, daß es ein ins Gewicht fallender Beitrag zu den Entscheidungen des Jahres 1953 werden kann.

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem Bekenntnis, die soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Es muß ausgesprochen werden, daß sich damals wohl alle darüber klar waren - und dies wurde in Wort und Schrift bekundet -, daß soziale Marktwirtschaft etwas anderes sein müsse als der liberale Kapitalismus alten Stils. Man war sich klar darüber, daß etwas Neues geschaffen werden müsse, weil der liberale Kapitalismus alten Stils nicht mehr restaurierbar ist. Nicht etwa deshalb, weil dem politische Schwierigkeiten entgegenstehen, sondern weil dies der Weg zurück auf einer Bahn wäre, die wir in mehreren Jahrzehnten mit allen schmerzlichen Erfahrungen durchlaufen haben. Niemand, der die Entwicklung der Dinge im 19. und 20. Jahrhundert aufmerksam beobachtet hat, kann übersehen haben, daß die Störungen und Spannungen, die zu der Auseinandersetzung mit dem Marxismus, ja, mit zu der Geburt des Marxismus als politische Kraft geführt haben, aus Baufehlern der liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung entstanden sind. Ein Zurück zum liberalen Kapitalismus ließe also diese Störungen und diese Spannungen nur noch viel stärker werden, und es erscheint heute ausgeschlossen, daß unser soziales Gefüge solche Auseinandersetzungen überhaupt noch ertrüge. Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit sind heute undenkbar ohne eine soziale Explosion oder einen politischen Kurzschluß als unmittelbare Folge. Die Ursachen der Störungen und Spannungen im liberalen Kapitalismus wurden schon frühzeitig erkannt. Kurz nach der Jahrhundertwende hat *Gesell* die Freiwirtschaftslehre begründet, ohne besondere Beachtung zu finden. Später haben die Neo-Liberalen, insbesondere die Freiburger Schule, die Prinzipien der Wettbewerbsordnung erarbeitet, und dafür eine starke Resonanz gefunden. Sowohl die freiwirtschaftliche wie auch die Freiburger Schule lehnen beide den liberalen Kapitalismus alten Stils ab. Schon das Wort Neo-Liberalismus sagt, daß hier etwas Neues oder zumindest eine Erneuerung gewollt ist. Die Krönung dieser Versuche in der Theorie und in der Idee dürfen wir in dem Werk Walter Euckens und seiner Freunde sehen.

Wir können vom Freiwirtschaftsbund aus feststellen, daß sich unsere Forderungen mit denen der Freiburger Schule nahtlos verbinden lassen, daß jede der beiden Schulen von der anderen viel gewinnen kann: in den ordnungspolitischen Prinzipien wir von

Eucken und in der Abrundung der Marktwirtschaft im einzelnen die Freiburger Schule von uns.

Mit der sozialen Marktwirtschaft, die die Bundesregierung schaffen wollte, handelt es sich also um etwas Neues. Wenn wir nun heute aus dem Jahre 1952 auf 1949 zurückblicken, dann stellen wir zwar fest, daß ein ans Wunder grenzender wirtschaftlicher Aufstieg stattfand, daß Erfolge eintraten, die man vorher nicht für möglich hielt; aber wenn wir genauer untersuchen, wo diese Erfolge erzielt wurden, dann müssen wir feststellen, daß dies auf all den Gebieten geschah, wo die Prinzipien der Freiheit zum Zuge kam. Betrachten wir dagegen die Störungen und Hemmungen dieses Aufstiegs, dann stellen wir fest, daß sie überall dort zutage treten, wo diese Prinzipien nicht zum Zuge kamen oder wo Einrichtungen und Eingriffe des Staates diesen Prinzipien entgegen standen. ... < S. 153 f.f.

Aus: **Freiheit?**

Die zentrale Frage im politischen Ringen
um eine gerechte Sozialordnung, 1980²⁹
Von Ernst Winkler

IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Nach dem totalen Zusammenbruch war das deutsche Volk bereit und willens nicht nur zum Neuaufbau der Ordnung, sondern zum Aufbau einer grundsätzlich neuen Ordnung aus der Einsicht oder zumindest dem unbestimmten Gefühl, daß die alte Ordnung schon vor dem Regime des Nationalsozialismus entscheidende Strukturfehler hatte. Hieraus erklärt sich die außerordentlich starke Resonanz auf die freiwirtschaftlichen Appelle und Vorschläge für „Neuordnung“ und „Neue Ordnung“.

Aber das deutsche Volk war vorerst nicht Subjekt, sondern nur Objekt von Entscheidungen. Daher trafen die direkten Aktionen des Freiwirtschaftsbundes, insbesondere seine Eingaben und Denkschriften vor der Durchführung der Währungsumstellung vom 20.6.1948 bei den deutschen Stellen auf die resignierte Auskunft, die Alliierten hätten sich die wesentlichen Entscheidungen selbst vorbehalten und es sei für alle diese Vorschläge zu spät - nach diesem kritischen Termin auf eine bereits eingeleitete Entwicklung mit zum Teil falscher Weichenstellung. Trotzdem ließ Otto Lautenbach in der Fortsetzung des eingeschlagenen politischen

29 Zeilen- und Seitenumbruch übernommen.

Weges sich keinen Augenblick entmutigen oder irre machen. Er entwickelte im Namen des Freiwirtschaftsbundes weitere wichtige Initiativen zur Ausgestaltung und besseren Fundierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit taktisch geschickter Anknüpfung an das Neoliberale Wirtschaftsmodell.

- 56 -

1 . ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, Walter Eucken, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lautenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnten, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurden. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Verwirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll.

Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:

- 57 -

A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;

2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;
3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;
4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);
5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;
6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;
7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.
2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.
3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

- 58 -

C. Die humanitäre Ergänzung

durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:
 Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.1)

- 59 -

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriterium für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J. M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank'schen Eisenwerke AG, Adolphshütte), des Rechtswesens

- 60 -

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke). Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5.1953 und 18./19.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“ und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als „*Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung*“:

- 61-

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.
2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.
3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.
4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.
5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.
6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.
7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und

- 62 -

Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.“

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung 1 wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“ notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B.1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung. In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer her austreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

2.2 Erste Arbeitstagung der ASM am 20./21.5.1953 in Bad Nauheim „Entscheidung für die Freiheit“

a) Referate

Der Kampf für die „Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft erhielt im Hinblick auf die für 6.9.1953 bevorstehende Bundestagswahl eine politische Note mit der Begründung: „Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unbedingt eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft).“ Demnach bedeutete die erste Arbeitstagung der ASM und ihre Aktivität in den folgenden Monaten auch einen Eingriff in den Wahlkampf mit dem Ziel, die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und zu verstärken.

Es wurden folgende Referate gehalten:

Otto Lautenbach: Die Ziele der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Ernst Winkler: Soziale Marktwirtschaft, Voraussetzung der Demokratie

Werner Schmid: Der Weg zu einem freiheitlichen Europa

Hans Ilau: Marktwirtschaft und sozialer Friede

Johann Lang: Die wirtschaftlichen Ursachen der Verfassung des Menschen und die Notwendigkeit seiner Befreiung

- 64 -

Den Abschluß bildete eine eingehende Diskussion über Grundsatfragen und ihre faktischen Bezüge zu aktuellen Tagesfragen.

...

2.3 Zweite Arbeitstagung der ASM am 18./19.11. 1953 in Bad Godesberg

a) Referate

„Wir fordern von“ Diese Forderung wurde im einzelnen durch folgende zehn Referate konkretisiert:

Wir fordern von Regierung und Bundestag:

Johann Lang: die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft
(Begrüßung)

Alexander Rüstow: die Fundierung der Demokratie durch die
Wirtschaftsordnung

Otto Lautenbach: stabile Währungsfond

Franz Böhm: den vollständigen Leistungswettbewerb

Günter Schmölders: die große Steuerreform

Kurt Forberg: die Befreiung des Kapitalmarktes

Fritz Hellwig: scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft

Friedrich Lutz: die freie Konvertibilität der Währung
und die Integration Europas

Hain (Hans ? TA) Ilau: die soziale Befriedung

Alexander Meier-Lenoir: die staatliche Verankerung der
Wirtschaftsordnung

...

b) Die Rede von Ludwig Erhard

Anschließend an das Referat von Friedrich A. Lutz sprach Ludwig Erhard ohne vorgegebenes Thema und daher zum selbstgewählten Thema: „Was mir am meisten am Herzen liegt“. Zunächst berichtete er ergänzend zu den Ausführungen des Vorredners, mit welcher Argumentation, mit welcher Energie, aber auch mit welchen Widerständen er sich in der europäischen Politik für die Konvertierbarkeit der Währungen einsetzt. Zur Charakterisierung dieser Widerstände zitierte er die englische Zeitschrift „Economist“ und zwar aus dem Aufsatz: „Der selbstgerechte Herr Doktor“ die Feststellung, „daß ich nicht befugt wäre oder es mir als Deutschem jedenfalls schlecht anstehe, anderen Ländern wie zum Beispiel Frankreich und England gute Ratschläge für wohlgefälliges wirtschaftliches Betragen zu erteilen“.

Sodann analysierte er das Kartellproblem, ausgehend von folgenden Feststellungen: „Es gibt keine freie Marktwirtschaft ohne freie Preise. . . . Der Preis hat, ob er sinkt oder steigt, zweifellos die Funktion, Käufer anzulocken oder Käufer abzustoßen. Wer das leugnen möchte, sprengt die Grundlage jeder marktwirtschaftlichen Ordnung und versündigt sich zugleich noch am Prinzip der wirtschaftlichen Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. Der wahre Unternehmer muß zur freien Wirtschaft und zum freien Preis auch im Zeichen des Käufermarktes stehen.“ Die Annahme, „daß der Preis das Ergebnis der Kosten sei, kann in der Marktwirtschaft nicht zutreffen. Es ist eine völlig falsche Betrachtungsweise, daß der Unternehmer einen rechtlichen oder gar moralischen Anspruch geltend machen dürfte, im Preis seine Ko-

- 69 -

sten rückvergütet zu erhalten. Marktwirtschaft bedeutet, daß

der Unternehmer Erträge erzielt, die über, aber auch unter seinen Kosten liegen können. Wenn an solchem Gewinn heute der Staat durch die Besteuerung so überaus stark beteiligt ist, dann empfinden wir das alle als einen Schönheitsfehler, der die Wettbewerbslage und die Freizügigkeit des Unternehmens bedrängt und beenzt.“ Zugleich aber wies Erhard mit allem Nachdruck den „völlig falschen Einwand“ zurück, „daß das Kartellverbot gegen die Koalitionsfreiheit verstößt. Wir haben ja zum Beispiel auch noch ein Bürgerliches Gesetzbuch, das vielleicht auch mancher als Hemmnis der menschlichen Freiheit empfindet. Wenn im Grundsatz, und zwar als staatspolitisches Prinzip, der freie Wettbewerb konstituiert ist, dann kann es daneben nicht noch ein Sonderrecht geben, diese Freiheit im Namen der Freiheit aufzuheben.“

In diesem Zusammenhang berührte der Redner auch kurz das „Problem der Mitbestimmung“ und zwar nur mit der Feststellung, daß „der Unternehmer nur so lange seine Daseinsberechtigung erweisen und im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben nur dann seine Position unerschüttert lassen kann, als er die Funktion eines freien Unternehmers mit allen Chancen und Risiken zu erfüllen bereit ist.“

Erhard begründete, daß die von ihm aufgezeigten, für die Soziale Marktwirtschaft gefährlichen Tendenzen aus dem Streben nach Sicherheit auf Grund erlebter und wieder befürchteter Wirtschaftskrisen entstehen. „Diese ideologische Haltung entspricht der eines Mannes, der aus Sorge, daß es einmal regnen könnte, ständig mit aufgespanntem Regenschirm spazieren geht. So lange wir alle aufgespannte Regenschirme mit uns herumtragen, so lange bekommen wir auch die Hände nicht zu wirklicher Arbeit frei.“ Besonders bedenklich ist es, wenn dieses Verlangen nach Sicherheit sich im Streben nach einer „Pseudo-Ordnung“ in Formen wie Berufsordnungen und Gewerbeordnungen äußert, so daß die Volkswirtschaft wieder in „Kästchen für jede Gruppe und jedes Grüppchen“ aufgeteilt wird, oder aber im „Verlangen nach Kollektiveinrichtungen, Umlagekassen, Altersversorgungen und ähnlichen

- 70 -

Dingen mehr. Das alles ist menschlich verständlich, aber unter dem Aspekt einer freien Ordnung eine Sünde wider den heiligen Geist. Jede Sicherung, die in der Gruppenbildung versucht wird, schlägt zuletzt in der Richtung einer kollektiven Sicherheit aus.

Das ist nicht die wahre Sicherheit, sondern führt zur Abhängigkeit vom Kollektiv, zur Abhängigkeit vom Staat. Und ich befürchte, daß wir schon auf dem falschen Weg sind. Wir sind nämlich von einer Organisationswut befallen und glauben, daß die Organisation allein schon Ordnung bedeute. In gewissem Sinne läßt zu viel Organisation eher auf Unordnung schließen.“

„Ich gebe zu, daß zwei Weltkriege und zwei Inflationen ein Übri-

ges in Richtung einer zunehmenden Lebensangst getan haben; gerade darum aber müssen wir den Weg gehen, der den Menschen wieder aus der Lebensangst befreit, indem wir ihm die Zuversicht und die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft zu bestehen. Private Eigentumsbildung, das ist die soziale Sicherheit, die wir brauchen.“

Diese scheinbar beiläufige Rede des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hat grundlegende Bedeutung für die Begriffsbestimmung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ist heute nach fast 30 Jahren als eine sehr ernste Mahnung zur Besinnung noch aktueller als damals. Für eine geschichtliche Betrachtung im vorliegenden Rahmen ergeben sich aus ihr folgende Feststellungen:

1. Die psychologische Bedeutung der Frage: „Freiheit oder Sicherheit?“, die schon bei Gründung des Freiwirtschaftsbundes internes Diskussionsthema war (vgl. III. 2.2), darf nicht übersehen werden, aber die Lösung ist realpolitisch in der Richtung „Sicherheit durch Freiheit“ zu suchen.

2. Die von Ludwig Erhard schon 1953 erkannten Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft haben sich in den nachfolgenden Jahren in tatsächlichen Hemmnissen realisiert und zu einer Fehlentwicklung geführt, die das ursprüngliche Konzept unter Beibehaltung des täuschenden Etiketts pervertiert hat.

3. Da diese Marktwirtschaft den ihr wesensgemäß zukommenden sozialen Charakter immer mehr einbüßte, wurde sie durch zunehmenden Ausbau sozialer Maßnahmen, Gesetze und Einrichtungen

- 71 -

ergänzt. Das Endergebnis war statt der von Walter Eucken und von Müller-Armack konzipierten „Sozialen Marktwirtschaft“ eine sozialstaatlich getarnte und verfälschte kapitalistische Marktwirtschaft.

4. Entgegen dieser faktischen Entwicklung erstrebte Ludwig Erhard ursprünglich die Verwirklichung des reinen theoretischen Konzeptes, das aus neoliberalen und freiwirtschaftlichem Ideengut entwickelt wurde.

...

>>>>>>>>>>

10. Kommentierte Zitate aus:

„Der Flirt der Linken mit der Marktwirtschaft“ (HB v.14.2. 2014)

HB: Es ist kein Zufall, dass das „Gespenst des Kommunismus“, wie Karl Marx und Friedrich Engels 1848 schrieben, aus Deutschland kam, Schon Johann Gottlieb Fichte, einer der Heroen des deutschen Idealismus, hatte im Jahr 1800 mit der Schrift ‚Der geschlossene Handelsstaat‘ die Vision eines Staates entworfen, in dem jeder seinen Platz findet und jeder sein Auskommen hat dafür aber auch viel obrigkeitliche Kontrolle und wenig Freiheit. Deutschland blickte damals schon gerne zurück in eine vermeintlich bessere Vergangenheit. Die Skepsis gegenüber dem Kapitalismus ist in Deutschland bis heute tief verwurzelt, hilft aber nicht, die Zukunft zu gestalten.

TA: Als die Idee des Kommunismus in Deutschland Raum gewann, waren die Menschen, die sich von dieser Idee - die ja nicht Gängelung, Mangel und Mord versprach, sondern Freiheit und Wohlstand – in einem Zustand der Abhängigkeit und Armut. Auch wurde den Deutschen das Quantum an Freiheit, in deren Besitz sie waren, immer nur von Gnaden der Fürsten oder geistigen Führern gewährt und nicht erkämpft. Das hat sich nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht geändert und auch nicht 1989 nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken. Bis heute sind wesentliche Teile – Bildung und soziale Sicherungssysteme - unserer gesellschaftlichen Ordnung kommunistisch geprägt.

Der Kapitalismus erzwingt in vielen Bereichen Strukturen, die dem „real-existierenden Sozialismus“ ähnlich sind. Charles Reich spricht in „Die Welt wird jung“ (deutsch 1970) vom Corporations-Staat, abgeleitet von der englischen Bezeichnung Corporation = großes Wirtschaftsunternehmen, Konzern.

Wenn in einer Situation der ökonomischen Verwerfungen der Kapitalismus und Marktwirtschaft als austauschbare Begriffe verwendet werden, bleibt doch den Menschen nichts anderes übrig, als auch die Marktwirtschaft zu verneinen.

HA: Hat nicht die Finanzkrise gezeigt, dass der entfesselte Markt eher Gier denn Fortschritt fördert, eher Verantwortung verschleiert als Transparenz schafft?

TA: Die Verschleierung fängt mit der Art der Berichterstattung an, die die Ursachen nicht benennt.

HA: ... Frage: Sind Linke die besseren Ökonomen? Oder wie „FAZ“-Herausgeber Frank Schirrmacher schrieb: „Im bürgerlichen Lager werden die Zweifel immer größer, ob man richtig gelegen hat, ein ganzes Leben lang. Gerade zeigt sich in Echtzeit, dass die Annahmen der größten Gegner zuzutreffender scheinen.“

TA: Es kommt drauf an, was man unter einem Linken versteht und wen man dazu zählt. Ist das „bürgerliche Lager“ nicht von den Flaggschiffen unter den Medien in die Irre getrieben worden?

HB: Und der Grüne Gerhard Schick prangert in seinem am Donnerstag veröffentlichten Buch – das ausgerechnet Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen vorstellte – ganz in der Tradition des Freiburger Ordoliberalismus den Einfluss der Banken auf die Politik an.

TA: Die Banken würden nach der notwendigen Geldreform (nicht zu verwechseln mit ein Zusammenstreichen von Nullen) ihren Einfluss auf die Politik verlieren und ganz normale Dienstleister werden. Zu diesem Zweck wurden die grüne Partei gegründet. Aus Unverstand und ideologischer Eifersüchtelei wurden gerade die Gründungsmitglieder der Grünen, die den Weg dorthin hätten beschreiben können, durch Unterstellung von ultrarechten Tendenzen kalt gestellt.

HB: Erhards Erben zeigen kaum Präsenz.

TA: Wenn damit die betreffenden Stiftungen und Institute gemeint sind, wie die Ludwig-Erhard-Stiftung, das Walter-Eucken-Institut etc. mag das stimmen. Das HB hat doch die Möglichkeit, den Nachlassverwaltern auf den Zahn zu fühlen. Fehlt den Akteuren im HB dazu der Mut?

HB: War nicht wirklich in den 50er und 60er-Jahren vieles besser?

TA: Die fünfziger Jahre waren besser, weil nach dem Zusammenbruch der deutschen Gesellschaft die richtige Entscheidung für die Marktwirtschaft getroffen wurde. Und in der Startphase einer Marktwirtschaft wirkt der Kapitalismus auch wie ein Treibsatz, weil das knappe Kapital mit einer hohen Verzinsung die Sparquote stimuliert und somit die Investitionen fördert. Aber mit zunehmender Kapitalbildung im Zeitablauf wird der Anspruch des Kapitals auf Verzinsung in verschiedener Weise zu einer Belastung der Marktwirtschaft. Nicht zu vergessen, in der Mitte der 60er Jahre hatten wir schon eine Krise. Mit dem eingeschränkten – d. h. ohne freiwirtschaftliches - Instrumentarium der Sozialen Marktwirtschaft war sie nicht zu meistern. Karl Schiller musste mit dem Keynesianismus einspringen und die Lage verschlimmbessern.

> Claudia Schmidt schreibt in der HAZ vom 23. / 24. Oktober 1971 unter dem Titel DAS WUNDER: „Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, 'ehern'. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies – wenn überhaupt - nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen"...

„Um diese 'naturgesetzliche Unabänderlichkeit' der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden: Denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern." <

(Die Lohnquote war von rund 60% in 1960 auf rund 70% in 1970 gestiegen.)

Aus: Der Streik: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/101.0%20Der%20Streik.pdf>

HB: ... Wagenknecht & Co. können sich nicht deshalb auf Erhard, Eucken und die Ordoliberalen berufen, weil sie ihnen besonders nahestehen – sondern weil jene, die eigentlich das Erbe dieser Väter der Marktwirtschaft pflegen sollten, ihnen so bereitwillig den Platz überlassen.

TA: Die „Kinder und Enkel“ der Ordoliberalen haben doch die Marktwirtschaft verraten und in verlogener Weise den herrschenden Kapitalismus als Soziale Marktwirtschaft propagiert. Es wäre doch für sie zu peinlich, wenn sie sich jetzt zu erkennen geben würden. Da ist es doch klüger, ehemalige Gegner nach brauchbaren Bruchstücken im Erbe suchen zu lassen und zu hoffen, dass sie davon infiziert werden.

HB: Ohne Erhards Verdienste bei der Befreiung der Wirtschaft aus dem staatlichen Nachkriegsregime schmälern zu wollen: Die damalige Entwicklung hat in vielen westlichen Ländern ähnlich stattgefunden, wie der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem neuen Buch „Le capital au XXI^e siècle“ nachzeichnet. Entscheidender als die jeweilige Wirtschaftspolitik war, dass der Aufbau nach dem Krieg für hohes Wachstum sorgte und die Bevölkerung wuchs: Beides, sagt Piketty, trug erheblich dazu bei, das soziale Gefälle abzubauen.

TA: Richtig ist, dass nach einer Zerstörungsphase der Volkswirtschaften der Bedarf an allen Gütern groß ist und sich auch ohne große Werbung große Wachstumsraten in allen Branchen erreichen lassen. Falsch ist, dass die Wahl der Wirtschaftspolitik eine untergeordnete Rolle spielt. Man muss nur die alte BRD mit der untergegangenen DDR vergleichen, um zu einem korrekten Urteil zu kommen.

Aber verfehlt ist in einer begrenzten Welt die Hoffnung auf eine Ökonomie zu setzen, die auf ein unbegrenztes Wachstum als Problemlöser angewiesen ist. Und Volkswirtschaften zu zerstören, nur um wieder Wachstum zu ermöglichen, ist einfach verbrecherisch.

HB: Kein Rezept für eine Welt offener Grenzen

So füllen sie, die sich zu den vermeintlichen Rettern der Sozialen Marktwirtschaft stilisieren, geschickt eine politische Leerstelle aus. Dabei ließe sich vieles, was Wagenknecht kritisiert, ebenso von einem liberalen Standpunkt aus analysieren. In vielen Punkten gäbe es sogar Übereinstimmung, etwa in der Forderung, die Verantwortung von Eigentümern zu stärken. Wagenknecht versucht, einen kreativen Sozialismus zu entwerfen - schade, dass der Gegenentwurf eines kreativen, intelligenten Liberalismus fehlt.

Aber vieles von dem, was von links kommt und inzwischen den Konservativen gefällt, lebt zu sehr vom Blick in die Vergangenheit. Viele der Analysen der Ur-Ordoliberalen sind in einer Welt offener Grenzen und internationaler Konzerne nicht mehr eins zu eins anzuwenden - sie müssten zumindest nach vorne weiterentwickelt werden.

TA: Das Modell der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* und damit das voll entwickelte Modell der *Sozialen Marktwirtschaft* ist ein Modell der offenen Grenzen. Aber soviel mehr Grenzen offen sein sollen, um so mehr müssen die Volkswirtschaften, die im Austausch mit offenen Grenzen stehen, in ein Gleichgewicht gebracht werden. Zum Beispiel wird eine offene Grenze zwischen Volkswirtschaften mit hungernden Menschen und Volkswirtschaften mit staatlichen Fürsorgeprogrammen zu einem Problem.

Wenn eine Gruppe, die sich inhaltlich neu formatieren will oder ein vorhandenes Ideengebäude vertritt, die Schwäche von politischen oder ideellen Konkurrenten ausnutzt, gehört zu den Spielregeln des Wettbewerbes. Nicht zu den Spielregeln gehören z. B. Verleumdungen von Gegnern und Verdrehungen derer Inhalte.

Die Schwäche der Liberalen bei uns ist, dass sie einen kastrierten Liberalismus vertreten und dadurch einer Sahra Wagenknecht gar nicht das Wasser reichen können. Von der „Verantwortung der Eigentümer“ zu reden ist oberflächlich. Klar ist, eine Marktwirtschaft ist ohne Privateigentum gar nicht möglich, weil an dem Eigentum Verfügungsrechte gebunden sind. Wenn z. B. Mieter durch hohe Mieten ökonomisch „bluten“ müssen, dann sind moralische Appelle an die Vermieter, die sich nach den kapitalistischen Spielregeln korrekt verhalten und die Zinsen und Renten an das Kapital abliefern, unangebracht. Beginnen muss aber hier die Erörterung mit den Fragen, wie die Tributpflicht gegenüber dem Eigentum begründet ist und welche Güter denn überhaupt die Eigenschaften für das Privateigentum haben.

Heute (26.02.2014) ist in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung zu lesen: „Alle Norweger sind Millionäre / Die Gewinne aus der Öl- und Gasförderung speisen einen gewaltigen Pensionsfonds“. Staaten mit „Norwegern“³⁰ gibt es viele, daneben noch mehr mit „Nichtnorwegern“, d.h. mit Menschen, die nach der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte die gleichen Rechte haben, aber für die Nutzung der Güter, die die Natur oder ein Gott allen Menschen zur Verfügung gestellt hat, den „Norwegern“ einen Tribut zahlen müssen. Wir haben also allen Grund mit Adam Smith, Karl Marx, Pierre-Joseph Proudhon³¹, Henry George, Adolf Damaschke, Franz Oppenheimer und Silvio Gesell, viele andere und unter Nutzung unseres eigenen Verstandes zu klären, welche Güter die Eigentumsfähigkeit haben und welche zur Allmende eines Staatsvolkes und welche zur Allmende aller Menschen gehören.

Internationale Konzerne, die oft vom finanziellen Volumen her gesehen häufig größer sind, als reale Staaten, sind nicht das Ergebnis einer Marktwirtschaft mit offenen Grenzen, sondern des Akkumulationsprozesses des Kapitals, der eben mit oder ohne Karl Marx gegeben ist. Die Zinsen und (ökonomischen) Renten sind die Ursache. Die Wirkungen der Zinsen werden gut von Helmut Creutz beschrieben www.helmut-creutz.de die der Renten von Dirk Löhr <http://dirk-loehr.de/> .

HB: Dass Leistung belohnt wird - ein Märchen

Aus dem ‚Prinzip Hoffnung‘, das der marxistische Philosoph Ernst Bloch 1959 veröffentlichte, ist das ‚Prinzip Sehnsucht‘ geworden. Dabei brauchen wir mehr als nur Sehnsucht. Das Motto des französischen Politikwissenschaftlers Alfred Grosser lautet: „heiße Inspiration, kalte Analyse“. Nur wenn beides zusammenkommt, kann tatsächlich Hoffnung aufkeimen, Und die kühle Analyse sagt: Kein anderes Wirtschaftssystem als der Kapitalismus schafft Wohlstand.

Sie sagt aber auch: Der Kapitalismus tendiert dazu, die Unterschiede zwischen Reich und Arm wachsen zu lassen, und zwar gerade dann, wenn alles ruhig läuft und keine Krise Vermögen vernichtet. Je steiler aber das Wohlstandsgefälle, desto bedrohter ist die moralische Grundlage des Kapitalismus. Wenn manche Leute das Hundertfache oder sogar noch mehr als andere verdienen, glaubt keiner mehr an das Märchen, dass Leistung belohnt wird.

30 Das soll natürlich keine Verunglimpfung von Norwegern und ihrem Land sein. Es geht nur um Vorkommnisse oder Eigenschaften eines Landes zur Verdeutlichung eines ökonomischen Problems. Das "Landnahmezentrum" in Borgarnes, Island, ist zum Beispiel auch ein Anlass über das Bodenrecht nachzudenken.

31 Hier liegt seit 2010 in deutsch das Buch von Proudhon „Theorie des Eigentums“ vor. Übersetzt von Lutz Roemheld mit einer Einleitung von Gerhard Senft.

Der Kapitalismus steckt also voller Widersprüche. Die werden ihn, anders als Marx dachte, nicht zu Fall bringen, aber sie werden immer wieder zu politischen Problemen führen.

TA: Wer nicht mehr hoffen kann, ist übel dran. Kein Denker kann die Garantie geben, dass sein gedankliches Hoffungsgebäude nicht auf Sand gebaut ist. Fällt ein Hoffungsgebäude zusammen, kann die Sehnsucht die Kraft vermitteln, die die Entwicklung eines neuen Hoffnungsgebäudes benötigt. Das Motto von Alfred Grosser „heiße Inspiration, kalte Analyse“ ist wirklich gut und sollte auch mehr vom Handelsblatt bedacht werden. Nur die Aussage „Kein anderes Wirtschaftssystem als der Kapitalismus schafft Wohlstand.“ ist falsch. Hier muss der Begriff *Kapitalismus* gegen *Marktwirtschaft* ausgetauscht werden.

Es ist eine Binsenweisheit, dass im Kapitalismus die Kluft zwischen Arm und Reich nach jedem Neustart immer wieder und immer schneller wächst. Das hängt mit dem exponentiellen Wachstum des Kapitaleinkommens zusammen. Die Armen werden immer ärmer und mehr und die Reichen werden immer reicher und immer weniger ist so eine Art Naturgesetz des Kapitalismus. Und diese Einkommens- und Kapitalkonzentration hängt eben nicht mit unternehmerischer Tüchtigkeit zusammen.

Die Marktwirtschaft steht für ein dezentrales System des Leistungsaustausches. Wenn in diesem System durch das Überlagerungsprinzip Kapitalismus die (Arbeits-)Leistung immer mehr tributpflichtig macht, dann ist es kein Wunder wenn der Marktwirtschaft die moralische Grundlage abhanden kommt.

Es bleibt zu hoffen, das „Ludwig Erhards Erbin“, Sahra Wagenknecht, diese Zusammenhänge erkennt und ihrem Publikum vermittelt.

Ende der kommentierten Zitate. TA